

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



2 / 2011

Parlamente unter Druck

Mit einer heftigen Medienschelte eröffnete Bundestagspräsident Norbert Lammert das 10. Parlamentarismus-Symposion in Passau. Die Medien würden den Abgeordneten Kurzatmigkeit, Oberflächlichkeit und Themenverschleiß aufzwingen. Der frühere Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier beklagte, das Atom-Moratorium der Bundesregie-

rung sei nichts anderes als „der vorläufige Höhepunkt einer jenseits der Verfassung stehenden Entmachtung der Parlamente“. Schon bei der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke im Herbst 2010 durch die schwarz-gelbe Koalition sei die „Verfassungsmäßigkeit zu bezweifeln gewesen“, sagte Papier.

Siehe Seite 3-5



Hochkarätige Referenten zum Auftakt des 10. Passauer Parlamentarismus-Symposions: (v.l.) der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier, der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen Joachim Hörster, Bundestagspräsident Norbert Lammert, der Rektor der Passauer Universität Walter Schweitzer und Akademiedirektor und Symposions-Leiter Heinrich Oberreuter

Foto: Haas

Neuer Landesbischof in der Akademie

Kurz vor seiner Wahl zum neuen Landesbischof der Evangelischen Kirche in Bayern war Heinrich Bedford-Strohm Gastreferent in der Akademie. Er referierte bei der ersten „Philosophischen Studienwoche“ zu Fragen von Bioethik und Biopolitik.



Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm

Alle Referenten kamen immer wieder zur Kernfrage nach der Rolle von Prinzipien im ethischen Diskurs der Gegenwart. Dabei herrschte Einigkeit über die Notwendigkeit einer prinzipiellen Grundlegung. Wenn über die Persönlichkeit des Menschen und seine Natur entschieden wird, dürften nicht Interessen- und Kassenlage den Ausschlag geben.

Siehe Seite 16

Weitere Themen im Heft:

Plädoyer für Qualität mit Quote	S. 8
Deutsch als Wissenschaftssprache	S. 10
Quellen der Orientierung in unübersichtlicher Zeit	S. 13
Vorurteile im Vergleich	S. 17

Inhaltsverzeichnis

	Seite
„Talkshows sind Politik-Ersatz“	3
„Höhepunkt der Entmachtung der Parlamente“	4
Ergänzungen zu Parteienstaat und Parlament	6
Plädoyer für Qualität mit Quote	8
Gegen Rechtsextremismus an Schulen	9
Ein Kampf gegen Windmühlen	10
Ein Plädoyer für die Mehrsprachigkeit	11
<i>1. Tutzinger Didaktikforum:</i>	
Planspiele in der politischen Bildung	12
Quellen der Orientierung in unübersichtlicher Zeit	13
Schneisen ins Dickicht der Lebenswelt	14
Ethische Entscheidungen nicht nach Kassenlage	16
Vorurteile im Vergleich	17
Von den Adressaten zu den Autoren internationaler Politik	19
„Der Westen wird die Scharia besiegen“	22
Anspruch und Wirklichkeit der politischen Bildung in Bayern	24
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	25
Pressespiegel	26
Themen – Tagungen – Termine	30
Namen und Nachrichten	32

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**
Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**
Vorsitzender des Beirats:
K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:
Dr. Saskia **Hieber**, Dozentin
Internationale Politik
Dr. Ondrej **Kalina**
Pers. Referent des Direktors
Europäische Integration
Parlamentarismus- und Parteienforschung
Dr. Gero **Kellermann**, Dozent
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik
Dr. Stefan **Köppl**
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik
Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Parlamentarismus- und Parteienforschung
Dr. Michael **Spieker**
Ethische und theoretische
Grundlagen der Politik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Online-Redaktion:
Sebastian Haas
Organisationsreferat:
Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Akademie-Report

Herausgeber:
Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:
Dinauer GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim
Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

„Talkshows sind Politik-Ersatz“

Bundestagspräsident Lammert über das Parlament in der Mediendemokratie

Parlamente als Verkörperung der Volkssouveränität sind die Kerninstitutionen der Demokratie. Doch der klassische Parlamentarismus gerät von mehreren Seiten unter Druck: Die Mediendemokratie zwingt der Politik insgesamt Kurzatmigkeit, Oberflächlichkeit und Themenverschleiß auf. Die Regierung umgeht parlamentarische Prozeduren – geschehen bei der Bankenkrise, der Rettung des Euro oder beim Moratorium der Atompolitik. Kommissionen und Verbände beeinflussen Entscheidungen; der Ruf nach mehr Mitbestimmung durch die Bürger wird lauter. Das 10. Passauer Symposion zum Parlamentarismus diskutierte die Lage. Zur Eröffnung sprach Bundestagspräsident Norbert Lammert.

Lammert ist befangen. Der Bundespräsident kämpft seit langem für mehr Akzeptanz des Parlaments in der Gesellschaft. Von ihm sind meist klare Worte zu erwarten. Lammert enttäuschte seine Zuhörer an der Passauer Universität nicht. Zur aktuellen Debatte über die Ohnmacht des Bundestags steuerte er deutliche Anmerkungen zu den Zusammenhängen zwischen Medien und Politik bei.

„Was ist bloß mit uns los?“ – diese Frage des „Zeit“-Journalisten Bernd Ulrich führte durch Lammerts Vortrag. Zusammen mit dem Hamburger Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg ist er der Meinung, dass Politiker und Journalisten Teile eines selbstreferentiellen Systems seien, das vor allem sich selbst in Gang halte. In Berlin kommen auf 620 Bundestagsabgeordnete rund 900 Mitglieder der Bundespressekonferenz, weitere 7000 Journalisten und knapp 2000 Interessenverbände. Zusammen also genügend Akteure, um sich nur noch mit sich selbst zu beschäftigen und die Bevölkerung aus dem Blick zu verlieren. Die „Medienbegleitung der Politik“ habe in den letzten Jahren eine „explosionsartige Vermehrung“ erfahren. Lammert sieht ein Verhängnis: „Bilder gehen vor Texten, Schlagzeilen vor Analyse, Zuspitzungen vor Differenzierung. Kürze hat Vorrang vor

Länge, Schnelligkeit vor Gründlichkeit und Unterhaltung vor Informationen.“ Zu diesem Generaltrend des Mediensystems gebe es fast keine Ausnahme mehr.

Seifenoper statt Politik

Der Bundestagspräsident beklagte den rückgängigen Anteil der Politik in den Fernsehnachrichten. Bei der Tageschau liege er noch bei 48 Prozent, bei



Norbert Lammert ist seit 2005
Bundestagspräsident

Foto: Haas

anderen öffentlich-rechtlichen Angeboten deutlich darunter. Private Sender erreichen nicht einmal mehr 20 Prozent Politikanteil in ihren Nachrichten. „Das

öffentlicht-rechtliche Fernsehen ist faktisch aus der Parlamentsberichterstattung ausgestiegen“, sagte Lammert. Der ursprüngliche „Parlamentskanal“ Phoenix sei längst zum „Ereigniskanal“ geworden, der auch Königshochzeiten übertrage: „Phoenix ist zum Alibi geworden, um den Vor- und Nachmittag für Seiches freizuräumen und von Übertragungen von Parlamentsdebatten zu befreien.“ Deswegen eröffnete der Bundestagspräsident seine Sitzungen auch schon mit der Anmerkung: „Wir werden heute nicht im Fern-



Talkshows wie Maybrit Illner haben pro Jahr mehr Sendezeit als das Parlament
Foto: docstation

sehen übertragen, da läuft die Wiederholung der Folge 127 einer Seifenoper.“

Als eklatantes Beispiel nannte er die „Nicht-Übertragung der konstituierenden Sitzung des Bundestags“. Es sei da ja nichts Überraschendes zu erwarten, argumentierten die Programmverantwortlichen. Lammert fragte zurück: „Was ist Überraschendes bei Königshochzeiten zu erwarten?“ Dies wurde als Frechheit empfunden. „Es war auch

so gemeint“, sagte Lammert. Talkshows sieht er als „Politikersatz“: „Sie haben pro Jahr mehr Sendezeit als das Parlament.“ Politik werde durch die Simulation von Politik verdrängt. Unterhaltung gehe vor Information. In den Fernseh-Talkshows treffen die immer gleichen „Matadoren“ aus der Politik zusammen, die aber als Unterhaltungskünstler scheitern. Lammert sieht eine „Neigung zu Scheinplebis-

ziten und populistischer Stimmungsmache“ – zuletzt in der Guttenberg-Plagiats-Affäre, als die „BILD“ titelte: „Heute stimmt Deutschland ab!“

Die für die Werbeindustrie relevante Zielgruppe der 14- bis 49-Jährigen könne und dürfe nicht die gleiche sein wie die für die Politik: „Kunden und Wähler sind nicht das Gleiche. Das dürfen wir uns nicht erlauben“, sagte Lammert.

Der zweite Mann im Staat leidet auch persönlich unter diesen Trends. Er erhält schon einmal angefragte und selbst verfasste Artikel von renommierten Tageszeitungen und Magazinen zurück – mit der Anmerkung, sie seien zu differenziert, „passen nicht in die Diktation“ und könnten deshalb nicht abgedruckt werden. ■

Michael Schröder

„Höhepunkt der Entmachtung der Parlamente“

Ex-Verfassungsgerichtspräsident Papier kritisiert die Atompolitik der Bundesregierung

„Macht und Ohnmacht der Parlamente“ – das Thema des 10. Passauer Symposions zum Parlamentarismus hätte aktueller nicht sein können. Und Hans-Jürgen Papier, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts, ließ sich nicht lange bitten, die aktuelle Politik zu kommentieren: Das Atom-Moratorium der Bundesregierung sei nichts anderes als „der vorläufige Höhepunkt einer jenseits der Verfassung stehenden Entmachtung der Parlamente“, sagte er.

Schon bei der Laufzeitverlängerung, die die schwarz-gelbe Koalition erst vor fünf Monaten im Bundestag billigen ließ, sei die „Verfassungsmäßigkeit zu bezweifeln gewesen“, rief Papier in Erinnerung. Schließlich konnten die gewählten Volksvertreter im Bundestag damals nur noch im Nachhinein einem zwischen Bundesregierung und AKW-Betreibern ausgehandelten Vertrag zustimmen. Einem Vertrag, kritisierte Papier, der im Übrigen auch die Entscheidungsfreiheit künftiger Gesetzgeber einschränkt, indem er vorsah, dass die Energiekonzerne ihre Ausgleichszahlungen reduzieren würden, wenn die Laufzeitverlängerung zurückgenommen werden sollte.

In diesem Vertrag heißt es laut Papier wörtlich, „die Bundesregierung“ habe sich entschlossen, die AKW-Laufzeiten zu verlängern. Vom verfassungsmäßigen Gesetzgeber, dem Bundestag, war demnach schon damals keine Rede. Da sei es eigentlich nur konsequent, merkte er sarkastisch an, wenn auch die Aussetzung der Laufzeitverlängerung jetzt wieder ohne das Parlament stattfinde.



Hans-Jürgen Papier: Abbau an Transparenz der politischen Entscheidungsprozesse

Fotos: Haas

„Schleichende Entparlamentarisierung“

Für Papier ist das nur die Spitze des Eisbergs in einer Entwicklung, die er als „schleichende Entparlamentarisierung“ bezeichnete: Formal gesehen blieben die Entscheidungen beim Parlament, der einzigen durch das Staatsoberhaupt legitimierten Institution auf Bun-

desebene; tatsächlich aber würden die „politischen Weichenstellungen sehr viel früher und außerhalb des Parlaments“ stattfinden. Damit gehe auch ein Abbau an Transparenz der politischen Entscheidungsprozesse einher, kritisierte Papier – und das alles, ohne dass auch nur ein Komma in der Verfassung geändert worden wäre. Denn wenn es nach dem Grundgesetz gehe, „könnte die Macht der Parlamente in Deutschland nicht größer sein“, sagte er.

„Exekutivföderalismus“

Dass die Regierungen in Land und Bund auf Kosten der Parlamente an Macht gewinnen, hänge auch damit zusammen, dass immer mehr Gesetzgebungskompetenzen von der Länder- auf die Bundesebene, von der Bundes- ebene zur Europäischen Union oder auch gleich von den Ländern zur EU wanderten, sagte Papier. Die Wahrnehmung der Interessen der Länder oder der EU-Mitgliedstaaten bleibe dann aber dem Bundesrat oder dem Rat der Europäischen Union überlassen – Gremien also, die von den einzelnen Regierungen beschickt werden und nicht von den Parlamenten.

Um diesem „Exekutivföderalismus“ zumindest teilweise etwas entgegenzusetzen, schlug Papier vor, in den Landesverfassungen einen „Europaartikel“ einzubauen, der die Ländervertreter im Bundesrat bei europarechtlichen Materien an das Votum ihres

jeweiligen Landtags binden würde – ein Vorschlag, den etwa Baden-Württemberg schon aufgegriffen habe.

Aber woran liegt es eigentlich, dass die Macht der Parlamente zu schwinden droht? Eine mögliche Erklärung zeigte der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt auf, indem er weit in die Geschichte zurückging: Entstanden seien die Parlamente nämlich immer in Situationen, in denen die Zentralregierungen die Zusammenarbeit mit den „tatsächlich Mächtigen“ im Land brauchten – etwa um Steuern einzutreiben oder Armeen aufzustellen. Diese Mächtigen banden sie in Form eines Beratergremiums in das Staatswesen ein. Heute aber säßen in den Parlamenten in aller Regel nicht Großgrundbesitzer und Adelige, sondern Menschen, die „nicht mehr persönlich machtvoll sind“, sondern ihre Macht nur ihrer Partei verdanken, sagte Patzelt. Eben deshalb ließen sich Parlamente „heute leichter beiseite schieben“.

Für etwaige Regierende, die die Macht von Parlamenten einschränken wollen, schlug Patzelt gleich ein paar bewährte Rezepte vor: „Man kann damit be-



Suzanne Schüttemeyer: „Entschiedene Verfechterin der Ochsentour“

ginnen, dass man Parlamentsmandate für leistungswillige Leute unattraktiv macht. Das macht den Platz frei für Karrieristen und Opportunisten, mit denen die Regierenden leichtes Spiel haben.“ Schlechte Bezahlung, mangelnde personelle Ausstattung, erbarungslose Beobachtung auch der Pri-

vat- und Intimsphäre durch die Medienöffentlichkeit – Möglichkeiten dazu gebe es genug.

Vorwahlen nach US-Vorbild

Um den Machtverlust der nationalen Parlamente durch Kompetenzverlagerungen an die EU auszugleichen, plädierte Patzelt dafür, die Macht des Europäischen Parlaments auszubauen. Und für alle Parlamente gelte: Man müsse Fraktionen und Abgeordnete stark machen, indem man sie besser mit Ressourcen ausstatten. Ändern sollte man auch etwas an den Rekrutierungsmechanismen für das politische Personal, forderte Patzelt. Er trat für offene Vorwahlen um Parlamentssitze nach US-Vorbild ein.



Heinrich Oberreuter leitete das 10. Passauer Parlamentarismus-Symposium

Suzanne Schüttemeyer von der Universität Halle-Wittenberg dagegen konnte diesem Vorschlag wenig abgewinnen: „Ich bin ein entschiedener Verfechter der Ochsentour“, sagte sie. Denn wer in die Politik wolle, müsse das Geschäft von der Pike auf kennenlernen: „Sie müssen lernen, die dicken Bretter zu bohren und Mehrheiten zu beschaffen.“ Es seien die Parteien, die attraktiver werden müssten.

Nach der heftigen Medienschelte durch den Bundestagspräsidenten Lammert (siehe Seite 3) teilte Heinrich Oberreuter, der das Symposium leitete, diesmal zum Abschluss auch in Richtung Politiker aus. „Ich gönne den

Parlamentariern inzwischen jedes Vorurteil“, sagte er. Dass die breite Bevölkerung wenig Ahnung von der Funktionsweise unseres politischen Systems habe, liege nämlich vor allem daran, dass die politische Bildung in Deutschland stark zu wünschen übrig lasse – und sich auch die Parlamentarier selbst nicht für eine Verbesserung einsetzen.

*Markus Peherstorfer
(Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Straubinger Tagblatts)*

Der Nachmittag des zweiten Tages stand ganz im Zeichen aktueller Entwicklungen im Ausland.

Roland Sturm blickte nach England und stellte fest: Das Westminster-Modell lässt viel mehr Teilhabe durch Opposition und Bürger zu, als wir von außen den Eindruck haben. Ähnliches diagnostizierte Stefan Köppl für Italien. Die Politik dort habe viel mehr zu bieten als Berlusconi und Bunga-Bunga: nämlich ein intensiv gepflegtes, wenn auch turbulentes Parlaments- und Parteileben.

Josef Braml von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik hielt einen pointierten und diskussionswürdigen Vortrag. Denn seine finale These lautet: In den USA ist die einzige handlungsfähige Institution die Notenbank.

Ellen Bos, die an der Universität in Budapest lehrt, informierte über die Machtprozesse in den Transformationsstaaten Ostmitteleuropas – von der Ukraine („wo man mit Politik seine Geschäfte macht“), bis Ungarn („das seit 2006 nicht mehr als Musterbeispiel demokratischer Entwicklung gelten kann“). ■

Sebastian Haas

Ergänzungen zu Parteienstaat und Parlament

Forschungsstand und Perspektiven der direkten Demokratie

Die Diskussion um Einführung und Ausweitung, um Für und Wider direktdemokratischer Instrumente ist aus der deutschen Öffentlichkeit nicht mehr wegzudenken. Ob Rauchverbot, Olympiabewerbung, Großbahnhöfe oder Startbahnen: Der Ruf nach mehr Bürgerbeteiligung wird immer lauter. An der Akademie trafen sich etwa 30 deutsche und internationale Wissenschaftler, um den Forschungsstand zur direkten Demokratie sowie deren Perspektiven zu diskutieren.

Im Mittelpunkt standen dabei folgende Fragen: Verträgt unser politisches System mehr direkte Demokratie? Wie verhält sie sich zu Grundrechten, Rechtsstaat und Gewaltenteilung? Welchen Effekt hat sie auf das Befinden und Verhalten der Bürger? Welche Lehren können wir aus den bisherigen internationalen Erfahrungen für Deutschland ziehen? Wie steht es um die Information der abstimmenden Bürger? Hat direkte Demokratie nachhaltige Wirkungen auf den politischen Prozess?

Frank Decker ging der Frage nach, ob die Volksgesetzgebung, die in Deutschland im Zentrum der Diskussion stehe, überhaupt mit dem parlamentarischen Regierungssystem verträglich sei. Hier hatte Decker systematische Bedenken, da eher ein zusätzliches Instrument in den Händen der Opposition geschaffen werde, das den grundlegenden Mechanismus der Kontrolle der Regierenden über die Abwahl unterlaufe. Die Volksgesetzgebung passe viel eher zu präsidentiellen Regierungssystemen wie den USA. Andere Formen der direkten Demokratie, etwa die nachträgliche Abschaffung von Gesetzen per Referendum, hielt Decker dagegen für eine sinnvolle Ergänzung in Fällen einer mangelnden politischen Alternative (wie z.B. einer Großen Koalition) oder um die Instrumentalisierung anderer Institutionen (z.B. des Bundesrats) als Veto-Instrument zu verringern.

Eike-Christian Hornig untersuchte, ob direkte Demokratie tatsächlich ein Mittel in den Händen „des Volkes“ gegen

„die Parteien“ darstellt. Seine Erkenntnis aus einer Analyse zahlreicher Länder in Europa: Auch bei Volksabstimmungen halten die Parteien das Heft in der Hand. Die Bürger stimmen größtenteils berechenbar und nach den ohnehin gegebenen politischen Kräfteverhältnissen ab. Dementsprechend ist es für die Parteien in anschließenden parlamentarischen Prozessen kaum nötig, an den Ergebnissen der Abstimmungen im Nachhinein noch etwas zu verändern.



Marc Bühlmann präsentierte Forschungsergebnisse aus der Schweiz
Foto: Haas

Schweizer Erfahrungen

Verträgt sich direkte Demokratie mit Minderheitenrechten? Adrian Vatter kam in seinen Untersuchungen zu grundrechtsrelevanten Abstimmungen in der Schweiz zu dem Ergebnis, dass man das prinzipiell nicht verneinen kann. So würden Minderheitenrechte

durch direktdemokratische Instrumente zwar selten ausgebaut, noch seltener aber abgebaut. Allerdings kommt es auf die Art der Minderheiten an: Während es z.B. für Sprachminderheiten oder Homosexuelle kaum negative Abstimmungsergebnisse gebe, fielen die Referenden über Rechte von Ausländern im Schnitt leicht negativ für die Betroffenen aus.

In diesem Zusammenhang untersuchte Anna Christmann, inwieweit die Abstimmenden bei ihrer Entscheidung auch die Problematik möglicher Grundrechtseinschränkungen berücksichtigen. Ihr Ergebnis: Nur die wenigsten tun das. Diejenigen, die rechtliche Aspekte berücksichtigen, sind in der Regel ohnehin aus politischen Gründen gegen entsprechend problematische Initiativen wie z.B. die viel beachtete Anti-Minarett-Initiative.

Veränderte Problemwahrnehmung

Otmar Jung stellte fest, dass es angesichts der neueren Diskussion um direkte Demokratie in Deutschland eine veränderte Problemwahrnehmung gebe: Die alleinige Feststellung, dass sich die repräsentative Demokratie bewährt habe, reiche als Argument nicht mehr aus. Allerdings sieht Jung dennoch keinen „Frühling der direkten Demokratie“ heraufziehen: Manche Probleme seien nach wie vor ungelöst, etwa die Bestimmung der Abstimmungsmaterie und der Abstimmenden im politischen Mehrebenensystem oder die Frage, ob man rechtsstaatlich zu Ende gebrachte Verfahren per Volksentscheid wieder kippen kann. Insgesamt sei die Debatte über direkte Demokratie „machtpolitisch ver zweckt“: Es handle sich nur um einen neuen Joker im politischen Macht kampf.

Uwe Kranenpohl und Eva Wachter unternahmen eine Gesamt schau der direktdemokratischen Instrumente in

deutschen Bundesländern. Dabei seien die verschiedenen Verfahren oft inkohärent ausgestaltet, etwa durch niedrige Hürden bei der Initiative, aber hohe Hürden bei der Abstimmung. Kranenpohl und Wachter plädieren dafür, den „Ernsthaftigkeitstest“ eher früh in das Verfahren einzubauen, dann bei der Abstimmung aber die Restriktionen gering zu halten.

Die kommunalpolitische Ebene in Deutschland nahm Volker Mittendorf in den Blick: Hier deuten die empirischen Forschungsergebnisse darauf

die Schweizer Forscher ein klares Ja. Entgegen den intuitiven Vermutungen stärkt direkte Demokratie dieses Gefühl aber nicht bei denjenigen, die ohnehin schon stark in die Politik eingebunden sind.

Wirken direktdemokratische Entscheidungsverfahren also als Ventil für Bürgerprotest? Markus Freitag und Matthias Fatke konnten diese Frage anhand der Schweizer Kantone bejahen. Die Teilnahme an Demonstrationen nehme ab, je stärker direktdemokratische Elemente ausgebaut sind.

Die Kommunikationswissenschaftler Carsten Reinemann, Nayla Fawzi und Philip Röder verglichen zum Rauchverbot in Bayern die Presseberichterstattung über die parlamentarische Entscheidung 2007 und den Volksentscheid 2010. Nach ihren Ergebnissen erfuhren beide die gleiche mediale Aufmerksamkeit. In der direktdemokratischen Entscheidungsfindung stieg aber der Einfluss der Qualitätszeitungen im Vergleich zur Boulevardpresse. Auch trat das Sachthema in den Vordergrund und wurde ausgewogener dargestellt, während die Parteipolitik im

Vorfeld des Volksentscheides weniger diskutiert wurde.

Alexander Glantz untersuchte die Bedeutung von Kampagnen für den Ausgang von Volksentscheiden. Am Beispiel des Nichtraucherschutzes in Bayern seien die Fronten durch die „Enthaltung“ der CSU eher verwischt gewesen. Insgesamt hätten die Kampagnen der beiden Lager die Menschen weniger erreicht als angenommen, am ehesten noch durch Plakate. Dabei steige das Wissen, z.B. über das Verfahren der Abstimmung, auch nicht im Laufe der Kampagne an. Diejenigen, bei denen das aber doch der Fall war, hatten ihre Informationen in erster Linie aus den Printmedien. Insgesamt seien die Kampagnen in diesem Fall aber nicht sehr intensiv und auch nur beschränkt wirksam gewesen.



Immer mehr Bürger fordern mehr Mitsprache bei Großprojekten wie Stuttgart 21
Foto: wikipedia commons

hin, dass Bürgerbegehren in erster Linie dann nachhaltige Wirkung entfalten, wenn es mit ihnen Erfahrungen gibt und glaubhaft mit Wiederholung gedroht werden kann. Dann versuchen die politischen Akteure, sie schon im Vorfeld zu verhindern.

Ebenfalls auf die Kommunen, aber in der Schweiz, richten sich die Forschungen von Laurent Bernhard und Marc Bühlmann: Haben die Bürger bei stark ausgeprägter direkter Demokratie auch das Gefühl, besser auf die Politik einwirken zu können? Hier fanden

Hätte man also durch direkte Demokratie die Proteste um Stuttgart 21 vermeiden können? Uwe Wagschal präsentierte Umfragedaten, nach denen zumindest ein großer Wunsch nach einer Abstimmung über dieses Projekt in der Bevölkerung besteht. Dabei seien die Befürworter quer über alle politischen Lager verteilt.

Doch auch sein Fazit: Direkte Demokratie sei kein rationaler Diskurs, sondern ein Instrument im politischen Machtspiel, das derjenige fordere, der sich davon einen Nutzen verspreche.

Gebhard Kirchgässner setzte sich mit den finanzpolitischen Konsequenzen der direkten Demokratie auseinander. Die Schweiz zeige, dass sie durchaus positive Auswirkungen auf die Staatsfinanzen haben könne, allerdings komme es stark auf die institutionellen Rahmenbedingungen an, etwa konsequent eingehaltene Schuldenbremsen oder Abstimmungen über größere Ausgaben. Hier sah Kirchgässner auch Lehren für Deutschland ■

Stefan Köppl

Plädoyer für Qualität mit Quote

Neuer BR-Intendant Ulrich Wilhelm beim Akademiegespräch im Landtag

Gegen das Gerede von einer Epoche des „Postjournalismus“ wandte sich der neue Intendant des Bayerischen Rundfunks, Ulrich Wilhelm, beim Akademiegespräch im Bayerischen Landtag. Landtagspräsidentin Barbara Stamm und Akademiedirektor Heinrich Oberreuter eröffneten die Veranstaltung im vollbesetzten Senatssaal.

„Demokratie braucht informierte, urteilsfähige Bürger. Dazu bedarf es eines verantwortungsvollen Journalismus, der Orientierung gibt, Wesentliches von Unwesentlichem trennt, Fakten prüft und Zusammenhänge darlegt“, betonte die Landtagspräsidentin. Heinrich Oberreuter kritisierte die zunehmende Inszenierung von politischen Ereignissen. Vielfach zwängen heute die Medien der Politik ihre eigene Tagesordnung regelrecht auf, die „Rückkehr der höfischen Öffentlichkeitsarbeit“ habe wieder Einzug gehalten.

Eine „Regierungserklärung“ wolle er bewusst nicht abgeben, sagte der neue Intendant des Bayerischen Rundfunks (BR) Ulrich Wilhelm gleich zu Beginn des Akademiegesprächs im Bayerischen Landtag. Zunächst komme es darauf an, die Mitarbeiter des BR einzubeziehen. Dazu seien noch viele Gespräche im Sender nötig. Anwesende Journalisten des BR bestätigten denn auch, dass „der neue Intendant zur Zeit sehr viel in den Redaktionen unterwegs sei, viel zuhöre und sich notiere“.

Tatsächlich ist der Handlungsbedarf für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk groß auf seinem Weg in die Online-Welt der digitalen Medien und des interaktiven Internets. Verkrustungen des manchmal schwerfälligen Apparats im föderalen Senderverbund der ARD werden von der Medienkritik beklagt, das junge und jugendliche

Publikum schaut immer weniger fern. Und wenn überhaupt, dann am wenigsten ARD und ZDF. In Ostdeutschland liegen die öffentlich-rechtlichen



Ulrich Wilhelm sieht temporeiche Umwälzungen bei Produktion, Nutzung und Programmvermehrung
Foto: Schröder

Anstalten bei der Nutzung in allen Altersgruppen hinter den privat-kommerziellen Anbietern RTL und Pro7.

Seichte Shows kein Maßstab

Wilhelm sieht denn auch die „temporeichen Umwälzungen bei Produktion, Nutzung und Programmvermehrung“. Er sorgt sich um den „sozialen Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält“: „Wir müssen ihn suchen, denn ohne

gemeinsame Ideen gibt es keine funktionierende Gesellschaft.“ Die Nachmittagsprogramme mit ihren Gerichts- und Krawalltalkshows jedenfalls würden diesen Ansprüchen nicht genügen. Und auch wenn Dschungelcamps, Castingshows für Superstars und Top-Models sehr gute Quoten bringen würden, könne dies für den gebührenfinanzierten Rundfunk kein Maßstab sein.

Immerhin würden Menschen mit einem hohen politischen Interesse zu zwei Dritteln die öffentlich-rechtlichen Sender bevorzugen. Bei weniger politisch Interessierten – und das werden immer mehr – lägen allerdings die Privatsender vorn.

Journalismus kein Auslaufmodell

Man müsse sich die Frage stellen, wie man Interesse an Politik wecken könne, sagte der frühere Sprecher von Bundeskanzlerin Merkel. Er habe Verständnis für Leute, die nach einem anstrengenden Arbeitstag und einer immer größer werdenden Unübersichtlichkeit der Weltprobleme aus dieser Realität in die Unterhaltung flüchten. Unterhaltung müsse sein, aber auch dafür gebe es Qualitätsmerkmale. „Und die müssen wir liefern. Ich bin überzeugt, dass Qualität ihre Kunden findet“, sagte Wilhelm.

Auch wenn der Qualitätsjournalismus sich in allen Medien unter Druck befindet, sei er kein Auslaufmodell, betonte der gelernte Journalist Wilhelm. Professionelle Journalisten hätten zwar die alleinige Deutungshoheit im Internet-Zeitalter eingebüßt: „Die Zeit, in der sich Journalisten als Vierte Macht gerieren konnten, ist vorbei.“ Das alte Sender-Empfänger-Modell sei auf den Kopf gestellt worden und jeder könne im Internet weltweit seine Meinung verbreiten – unabhängig

von Druck- und Vertriebskosten. „Aber gerade in der immer komplexer werden- den Welt werden wir als Lotsen ge- braucht“, sagte Wilhelm, der fünf Jah- re Sprecher der Bayerischen Staatsre- gierung unter Edmund Stoiber war.

Einfluss der PR

Er konstatierte den Personalabbau in Redaktionen – auch bei Qualitätsme- dien: „Das geht zu Lasten der Recher- che.“ Dagegen stünden die wachsen- den Apparate der Public Relations in Politik, Wirtschaft und Verbänden: „Diese Armada trifft auf ausgedünnte Redaktionen.“ Und so bestünde die Gefahr, dass Inhalte der politischen PR direkt, ungefiltert, unkontrolliert und für das Publikum nicht erkennbar in die Medien gelangen. Die Konvergenz der Medien in der Online-Welt habe praktisch jeden Redaktionsschluss aufge-

hoben. Rund um die Uhr werde gesen- det: „Tagesschau und Spiegel-online spielen auf dem gleichen Feld. Themen und Sondersendungen jagen sich. Sie werden schnell versendet. Es fehlt die Nachhaltigkeit“, klagte Wilhelm.

Region und Heimat

Der neue Intendant des BR, der seit Februar 2011 im Amt ist, sieht eine Ent- fremdung vieler Menschen von der Politik und (unter Berufung auf den Sozialwissenschaftler Bernhard von Mutius) damit eine „Gefährdung un- serer Demokratie: Das Denken der Menschen hält nicht mehr Schritt mit den Entwicklungen.“ In einer solchen Situation müssten Politik und Medien gemeinsam Orientierungen vermitteln, ohne dabei einzuengen. Die Medien müssten wieder das Wurzelgeflecht bilden, aus dem die Gesellschaft er-

wachse. Politik müsse erfahrbar ge- macht werden: „Was hat Politik mit meinem Leben und meiner Zukunft zu tun?“ Deswegen werde der Bayerische Rundfunk mit Heimatbezogenheit sei- ne regionale Kompetenz ausweiten: „Wir müssen den Wunsch unseres Publikums nach Erklärung und Über- schaubarkeit erfüllen“, sagte Wilhelm. Dazu müssten alle Qualitätsmedien – Rundfunk und Zeitungen – gemein- sam handeln und an einem Strang ziehen. Auch und gerade im Internet.

„Es gibt keine Epoche des Postjourna- lismus. Damit werde ich mich nicht ab- finden“, sagte Wilhelm. „Für umfas- sende Information durch profesio- nelle Journalisten gibt es in einer freien Gesellschaft keinen Ersatz!“ ■

Michael Schröder

Gegen Rechtsextremismus an Schulen

Sein vielen Jahren wehren sich zahlreiche Schülerinnen und Schüler gegen aufkeimenden Rechtsextremismus, Rassis- mus und Fremdenfeindlichkeit an ihren Schulen. Bundes- weit sind sie in der Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (SOR-SMC)“ organisiert. Zum dritten Mal hatte die Akademie Lehrer und Schüler südbayerischer SOR-Schulen ein- geladen, um sich mit dem alltäglichen Rechtsextremismus an ihren Schulen auseinanderzusetzen.

So werden sie immer wieder mit rassis- tischen Parolen und rechtsextremer Rockmusik (z. B. der Schulhof-CD der NPD) konfrontiert. In zwei Work- shops konnten sie lernen, sich offen- siv und mit guten Argumenten gegen rechte Parolen und Musik zur Wehr zu setzen.

Zunächst hatte Miriam Heigl die noch relativ neue Münchner Fachstelle ge- gen Rechtsextremismus und ihre Ar- beit dort vorgestellt. Sie koordiniert das städtische Verwaltungshandeln zum Thema Rechtsextremismus und sorgt für die Vernetzung von Zivilge- sellschaft und Verwaltung. Dabei geht es sowohl um die Koordinierung ver-

schiedener Akteure bei konkreten An- lässen (z. B. ein rechtsextremer Auf- marsch oder eine rechtsextreme Wurf- sendung), als auch um die Arbeit für die Festigung demokratischer Werte in der Münchner Stadtgesellschaft. Intensiv setzt sich Heigl mit den Akti- vitäten und Äußerungen des Neo-Nazis Karl Richter im Münchner Stadt- rat auseinander.

Alexander Klier vom DGB-Bildungs- werk Bayern organisierte ein Argumen- tationstraining gegen rechte Parolen und schärfe das Bewusstsein, sachlich und gut begründet gegen rechts- extremes Denken anzureden.

Nicola Hieke von der Landeskoordi- nierungsstelle gegen Rechtsextremis- mus stellte die Gesinnungsmusikan- ten der „Rechtsrock-Szene“ vor und gab Argumentationshilfen gegen die- se Art der Hirnverschmutzung durch deutschationale „Schulhof-CDs“ und andere rechtsextreme Texte mit deutschümelnder Heimatliebe und Ausländerhass.

Besondere Aufmerksamkeit und gro- ßes Interesse erregte der ehemalige Neo-Nazi Manuel Bauer (siehe auch Akademie-Report 1-2011, Seite 17). Er berichtete über seine Jugend in Ostdeutschland, seinen Weg in die rechtsextreme Szene, seine Gewaltta- ten und seine Haftzeit. Jetzt arbeitet er für das Projekt „Exit“ und betreut Aussteiger auf ihrem Weg zurück in die demokratische Gesellschaft.

Konkrete Erfahrungsberichte aus den Schulen von Projekten gegen Rechts- extremismus rundeten das Programm ab. ■

Michael Schröder

Ein Kampf gegen Windmühlen

Über die Zukunft des Deutschen in der Wissenschaft

Führende Köpfe aus Politik und Wissenschaft diskutierten im Januar über die Zukunft der deutschen Sprache in Forschung und Lehre. Die Tagung* eröffnete Bundestagspräsident Norbert Lammert mit einem Vortrag über „Sprache. Und Politik“ (siehe Bericht im Akademie-Report 1/2011). Danach waren die Wissenschaftler an der Reihe. Insgesamt 28 Teilnehmer kamen zu sechs Podiumsdiskussionen zusammen, die wir kurz zusammenfassen.

Verschiedene Wissenschaftssprachen sind der Ausdruck verschiedener Wissenschaftskulturen – und daher ungemein wichtig für die weitere Entwicklung. Intelligente Mehrsprachigkeit muss das Ziel aller Bestrebungen in Studium, Forschung und Lehre sein – da waren sich die Wissenschaftler und Politiker auf dem Podium einig.

Friedrich Wilhelm Rothenpieler, Amtschef im bayerischen Wissenschaftsministerium, und Michael Kretschmer, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wollen die Diskussion über die Zukunft der deutschen Sprache auch in die Hochschulen selbst verlagern. Die Politik könne nur Anstöße dazu geben, die Reglementierung müsse aus der Bildungslandschaft selbst kommen. „Wissenschaft und Forschung sind relevante Bestandteile der kulturellen Landschaft, deshalb kommt ihnen auch eine sprachliche Verantwortung zu“, meinte Rothenpieler. Nicht derjenige, der in Deutschland auf Deutsch kommunizieren möchte, solle sich dafür rechtfertigen – sondern derjenige, der zum Englischen greift. Ähnlich denkt auch Michael Kretschmer, doch sieht er die Politik in einem großen Dilemma: Einerseits bestehe politischer Handlungsbedarf, da die sprachliche Internationalisierung an vielen Stellen übertrieben werde. Andererseits stehe dieser Steuerungsbedarf im Widerspruch mit der Wissenschaftsfreiheit.

Die Präsidentin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), Sabine Kunst, berichtete von einem aktuellen Beschluss des DAAD, der in die angesprochene Richtung weist: Förderentscheidungen zugunsten fremdsprachiger Studiengänge in



*Friedrich Wilhelm Rothenpieler:
Wissenschaft und Forschung mit
sprachlicher Verantwortung*

Fotos: Korte

Deutschland würden nur noch getroffen, wenn darin eine allgemein- und eine fachsprachliche Deutschkompetenz vermittelt wird. „So wird die soziale und kulturelle Integration ein neues, gewichtiges Ziel der Wissenschaftsdisziplinen“, meinte Kunst.

Joachim-Felix Leonhard (Präsident der Von-Behring-Röntgen-Stiftung) wies darauf hin, dass die „Provinzialisierung

der eigenen Sprache in den Wissenschaften“ nicht nur in Deutschland anzutreffen, sondern eine globale Erscheinung sei. Im Rahmen der EU böte sich die Möglichkeit von Gegeninitiativen wie zum Beispiel ein „Europäisches Zitationsinstitut“. Abgesehen



Joachim-Felix Leonhard: „Provinzialisierung der eigenen Sprache in den Wissenschaften“

davon sei es aber wünschenswert, Mehrsprachigkeit spätestens in der Schule selbstverständlich zu machen – so erst könne ein besserer Bezug zur eigenen Sprache gewährleistet und eine höhere Sensibilität für andere Sprachen und Denkformen aufgebaut werden.

Lingua franca für die Wissenschaft

Die Wissenschaft ist ein grenzenloses internationales System. Kann da nicht eine gemeinsame Sprache – ein „global english“ – die Kommunikation über Forschungsergebnisse grundlegend erleichtern? Kann die Reduktion der Komplexität nicht durch den Rückgriff auf andere Sprachen aufgelöst werden, was wiederum die wissenschaftliche Mehrsprachigkeit sichere?

Jürgen Trabant von der Bremer Jacobs University hält Mehrsprachigkeit in der Wissenschaft für unabdingbar,

* Die Tagung „Deutsch in der Wissenschaft“ wurde auf Initiative von Konrad Ehlich und Hans Joachim Meyer gemeinsam mit der Volkswagenstiftung veranstaltet.

denn: „Hier sind präzise Termini essenziell, und die einer lingua franca sind es nicht.“

Trabants Münchener Kollege Wulf Oesterreicher wies darauf hin, dass Wissenschaft nicht vorrangig aus Kommunikation bestehe, sondern aus komplexer Objektrelation. Für Erkenntnisgewinn, Innovation, Reibungen, unterschiedliche Arten wissenschaftlicher Diskurse und ganzer Wissenschaftskulturen sei demnach die Auseinandersetzung in der eigenen Muttersprache unabdingbar.

Sieben Wissenschaftler auf dem Podium kamen zu einem Konsens: Englisch stelle fast ausschließlich die Kommunikationssprache der Erkenntnisse dar – und sei dazu auch notwendig. Allerdings sollte die „interne Verständigung“ in der jeweiligen Landes- oder Muttersprache ablaufen. Dass hierbei mehr und mehr das Englische genutzt werde, sei ein „unverständlicher, delikater Trend“, dem unbedingt entgegengesteuert werden müsse. Nicht nachvollziehbar sei zudem, dass sich Englisch selbst als Kongresssprache bei nationalen Veranstaltungen durch-

setze. Gerade die Geisteswissenschaftler konstatierten eine regelrechte „Anglizierung“ ihrer Forschungsbereiche.

Hartmut Leppin von der Goethe-Universität Frankfurt/Main forderte, zumindest die „passive Mehrsprachigkeit“, also das Verstehen verschiedener Sprachen, mit Nachdruck zu fördern. Die Hinwendung zur Einsprachigkeit – da waren sich die Podiumsteilnehmer einig – bedeute einen methodischen Verlust. ■

Sebastian Haas

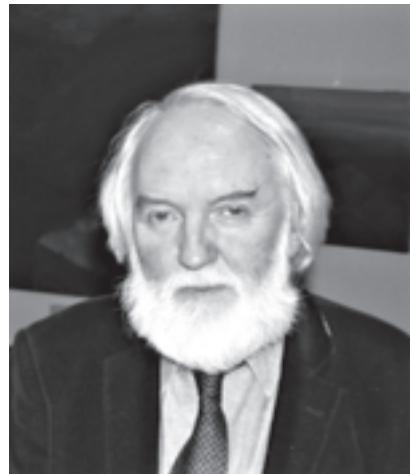
(Siehe Presseschau Seite 27/28)

Ein Plädoyer für die Mehrsprachigkeit

Zum Abschluss der Tagung legten ihre Initiatoren und Organisatoren, die Professoren Konrad Ehlich und Hans Joachim Meyer, die folgende Resolution vor:

„Die künftige Rolle des Deutschen in der Wissenschaft hängt entscheidend ab von den Elementen und Bedingungen wissenschaftlicher Mehrsprachigkeit in Deutschland und Europa. Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen:

1. Bisher wird in der Politik der Europäischen Union das Problem der Mehrsprachigkeit weithin identifiziert mit der Übersetzung von Dokumenten und Verhandlungen aus den und in die Sprachen der Mitgliedsstaaten als Amtssprachen der EU. Für die sprachliche Realität Europas ist dies völlig unzureichend und wenig wirkungsvoll. Notwendig ist vor allem die Erarbeitung und Durchsetzung von europäischen Prinzipien zur Pflege gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union sowie im Europäischen Hochschul- und Wissenschaftsraum. Was wir brauchen, ist eine europäische Strategie für die Gleichrangigkeit der Erfolgsbedingungen wissenschaftlicher Arbeit, unabhängig von der Sprache, in welcher diese erfolgt und veröffentlicht wird.



Initiatoren und Organisatoren der Tagung: Konrad Ehlich (links) und Hans Joachim Meyer
Fotos: Korte

2. Ein wichtiger Schritt zur wissenschaftlichen Mehrsprachigkeit in Europa muss darin bestehen, die mehrsprachige europäische Publikationspraxis angemessen abzubilden und zu bewerten. Derzeit nimmt der amerikanische Citation Index nahezu eine Monopolstellung ein und dient in Evaluationsberichten immer wieder als Grund dafür, deutsche Wissenschaftler aufzufordern, in englischsprachigen Zeitschriften zu publizieren. Möglichkeiten und Voraussetzungen textartensensibler europäischer Zitationsindizes sollten geprüft werden.

3. Notwendig sind ferner Förderprogramme zur Erhöhung der individuellen Mehrsprachigkeit von Wissen-

schaftlerinnen und Wissenschaftlern. Besonderes Augenmerk muss dabei der Entwicklung rezeptiver Mehrsprachigkeit gelten. Zu den sprachlichen Qualifizierungen gehören auch hinreichende Kenntnisse in den elementaren Standards der englischsprachigen akademischen Rhetorik (wie sie z.B. im research article zu beobachten sind).

In den europäischen Austauschprogrammen wie ERASMUS etc. ist Sorge für eine angemessene Berücksichtigung der wissenschaftssprachlichen Qualifizierung zu tragen. Für die philologischen Fächer ist in den reformierten Studiengängen der Sprachlehr-/lernbedarf in angemessenem Umfang zu berücksichtigen.

4. Renommierte wissenschaftliche Persönlichkeiten des Auslands, die das Deutsche voll oder rezeptiv beherrschen, sollen verstärkt in die internationale Begutachtungspraxis in Deutschland einbezogen werden. Zugeleich sollten sie als Beispiel und Vorbild für den wissenschaftlichen Nachwuchs öffentlichkeitswirksam hervorgehoben werden.

5. Im Zusammenwirken von wissenschaftlichen Institutionen und Gesellschaften sowie von Verlagen und Stiftungen sollte – unterstützt und gefördert von der Wissenschaftspolitik – ein Netzwerk entstehen, welches sicher stellt, dass bedeutende wissenschaftliche Werke des Auslands ins Deutsche und bedeutende wissenschaftliche Werke aus Deutschland ins Englische und/oder in andere international führende Sprachen übersetzt werden. Dabei ist eine enge europäische Zusammenarbeit anzustreben.

6. Die Erforschung und der systematische Vergleich der europäischen Wissenschaftssprachen bedürfen ex-

pliziter Förderung (Wissenschaftssprach-Komparatistik). Die Möglichkeiten und die Grenzen des Englischen als einer Lingua franca der internationalen wissenschaftlichen Kommunikation müssen präzise beschrieben und der wissenschaftlichen Öffentlichkeit bewusst gemacht werden. Dabei ist es unumgänglich, den populären Illusionen über das, was auf dem Feld der Wissenschaft eine Lingua franca sei, deutlich zu widersprechen.

Für die letzten Jahre muss leider festgestellt werden, dass die deutsche Wissenschaftspolitik und die deutschen Wissenschaftsorganisationen sowie die Repräsentanten der deutschen Hochschulen durch ihr Handeln ganz überwiegend die Situation der deutschen Sprache zugunsten des Englischen dramatisch verschlechtert haben. Die Behauptung, dies geschehe im Vollzug europäischer Entscheidungen und Verpflichtungen, ist nachweisbar falsch. Vielmehr wurden solche Entscheidungen fast immer in Deutschland getroffen.

7. Die Bedeutung solider Fremdsprachkenntnisse für eine erfolgreiche wissenschaftliche Kommunikation steht in einem auffälligen Gegensatz zur Geringschätzung des sprachlichen wie des fachsprachlichen Unterrichts durch die deutschen Universitäten. Sprachzentren, die nicht nur Unterricht anbieten, sondern auch einschlägige Forschung leisten, müssten zur Grundausstattung jeder Hochschule gehören. Das wäre nicht zuletzt von amerikanischen Universitäten zu lernen.

8. Mehrsprachigkeit ist eine komplexe Aufgabe. Ob sie gelingt, entscheidet sich primär im Konflikt von Einstellungen und Interessen innerhalb der Gesellschaft und der Wissenschaft. Dabei spielt die Politik eine nicht zu unterschätzende Rolle, weil sie ständig sprachliche Zeichen setzt und sprachrelevante Entscheidungen trifft. Diese Tatsache muss endlich zum Thema der öffentlichen Debatte in Deutschland gemacht werden. ■

Sebastian Haas

(Siehe Presseschau Seite 27/28)

1. Tutzinger Didaktikforum:

Planspiele in der politischen Bildung

Die Begriffsverwirrung ist zu Beginn groß: Was ist denn nun eigentlich ein Planspiel? Und was ist der Unterschied zum Rollenspiel? Und wie viel Zeit brauche ich als Lehrer, um ein Planspiel im engen Rahmen des Unterrichts spielen zu können? Antworten von Experten bot das „1. Tutzinger Didaktikforum“, das in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung organisiert wurde und gleich bei der Premiere nicht alle Interessenten und Anmeldungen berücksichtigen konnte.

Stefan Rappenglück von der Hochschule München gab einen Überblick über die Entwicklungen der Planspielmethode in der politischen Bildung. Praxisnah wurde es bei der „Simulation Dorfgründung“ von Andreas Petrik (Universität Halle-Wittenberg). Ein verlassenes Pyrenäendorf soll neu besiedelt und bewirtschaftet werden. Strittige Fragen und Konflikte wie Straßenbau, Versorgung und Wirtschaften tauchen schnell auf und

müssen geregelt werden – wie, bleibt den Dorfbewohnern überlassen.

Schneller kann man politische Entscheidungsprozesse nicht erfahren und lernen, sie demokratisch zu gestalten. Laut Petrik ist es ein „Lehrstück und eine Einführung in demokratische Streitkultur, politische Urteils- und Identitätsbildung sowie gesellschaftstheoretisches Denken.“

Willy Kriz von der Fachhochschule Vorarlberg stellte kleine Formen des Planspiels wie „Star Power“ vor, die ohne große Szenarien und lange Vorbereitungszeit auskommen. Mit Plastikchips werden in kürzester Zeit die Mechanismen des Kapitalismus deutlich und manch einem „Spiel“-Teilnehmer wird bewusst, wie schnell aus eigentlich netten Mitspielern geldgierige Neider werden, die mit Manipulationen den sozialen Aufstieg anderer zu verhindern suchen.

Thomas Regnet präsentierte den Werkzeugkoffer der Bundeszentrale zur Kommunalpolitik und die Planspiel-datenbank, in der sich Interessierte mit Hilfe eines intelligenten Suchsystems das für sie passende Planspiel heraus-suchen können. ■

Michael Schröder

Linktipp: <http://www.bpb.de/planspiele>

Quellen der Orientierung in unübersichtlicher Zeit

Umwelt, Wirtschaft und Biomedizin zwischen Moral, Recht und Religion

Gemeinsame ethische Grundlagen sind das Fundament des Zusammenlebens. Doch haben Menschenwürde und Menschenrechte noch die Kraft, politisches Handeln zu beeinflussen und sich gegen Kommerz und Gewinnstreben durchzusetzen? Wir diskutierten diese Fragen anhand ethisch hoch sensibler Themen wie Umweltschutz, Wirtschaft oder Präimplantationsdiagnostik (PID).

Der Landshuter Altbürgermeister und Ehrenvorsitzende des Bayerischen Städttetages Josef Deimer machte in seinem Vortrag deutlich, dass Gemeinsinn, christliche Sozialprinzipien und Solidarität in der Kommunalpolitik eine wichtige Rolle spielen sollten. Wenn in der Politik die „Macht des Menschen“ eingesetzt werde, um die Lebensqualität des Einzelnen zu verbessern, dürften die Grenzen des Wachstums nicht aus den Augen verloren werden. Im globalen Sinn bedeutet das für Deimer: Verantwortung für künftige Generationen übernehmen und den Gefahren einer atomaren Selbstvernichtung oder einer gentechnischen Veränderung des Menschen aus dem Weg gehen. Deimer hielt seinen Vortrag am Tag nach der Atomkatastrophe von Fukushima.

Explosive Entfaltung

Im Lokalen fordert er, das „Leben unter den Vorgaben sozialer Gerechtigkeit zu gestalten“, die Stadt als gesunden Lebensraum für Mensch und Natur zu verwirklichen und auch hier Verantwortung für die ganze Schöpfung zu übernehmen. Deimer hofft auf eine „Zukunft der Landschaft in den Städten“. In der Politik ist diese Denkweise als Stadtökologie bekannt. Dieses Prinzip der Stadtentwicklung stützt sich zunehmend auf Naturschutz und Landschaftspflege. Die Liste der Aufgaben ist fast endlos: Grünflächen, Landverbrauch, Verkehrswege, Trinkwasserschutz, energetische Erneuerung, Nachbesserung von Siedlungen, Sanierung von Brachflächen, Förde-

rung des öffentlichen Nahverkehrs, Bau von Fuß- und Radwegen, Lärmschutz, Baumbestand und Energie – das alles gelte es zu beachten, so dass Deimer einräumen musste: „Die explosive Entfaltung des Menschen macht es immer schwieriger, die Spielräume für das Leben verträglich zu gestalten, sie in Balance mit der Natur zu halten.“



Josef Deimer: Grenzen des Wachstums nicht aus den Augen verlieren

Moral, Recht und Religion – bei kaum einer politischen Diskussion kommen diese „Quellen der Orientierung“ so zum Tragen wie bei der um die Präimplantationsdiagnostik (PID). Das Wort hatten drei Experten, die das Thema aus völlig verschiedenen Blickwinkeln betrachteten, aber zu erstaunlich ähnlichen Ergebnissen kamen.

Klaus Tanner, Theologe an der Universität Heidelberg, thematisierte die politische Diskussion über die PID. Zwar

bestehe ein breiter Konsens für Menschenwürde und Lebensschutz, doch aus allgemeinen Prinzipien lasse sich keine Regelung für einen Einzelfall ableiten. Lediglich gut 10 000 Kinder kämen in Deutschland jährlich nach künstlicher Befruchtung zur Welt – für 1,7 Prozent der Geburten hierzulande komme die PID also überhaupt in Frage, erklärte Tanner und fragte: „Warum fordern die Kirchen also klare Gesetze gegen die PID? Woher sollen staatliche Institutionen denn wissen, wie im Einzelfall entschieden werden soll?“



Sabine Stengel-Rutkowski: „Fünf Tage alte Zelle ist noch kein Embryo“

Fotos: Haas

Gegen die Bevormundung durch „den männlichen Staat und die sächlichen Gesetze“ – für die Entscheidungsfreiheit der Eltern, vor allem der Frauen, ist Sabine Stengel-Rutkowski, Humangenetikerin an der LMU München. Sie gibt offen zu: „Mir fällt es schwer, einer fünf Tage alten Zelle die volle Menschenwürde zuzusprechen.“

Zu diesem Zeitpunkt der Zelldifferenzierung bis zum fünften Tag sei noch kein Embryo entstanden. Deshalb könnten Zellen zur genetischen Untersuchung entnommen und eine gesunde Eizelle zur Implantation gewählt werden – denn: Verhindert man so nicht das Töten einer anderen?

Oswald Utz, der Behinderten-Beauftragte der Landeshauptstadt München, stellte fest: „Dieses Thema behandeln in der Regel Menschen, für die eine PID nicht mehr in Frage kommt; sie sprechen eine Sprache, die viele nicht verstehen; und über die Behinderten, die selbst Kinderwünsche haben, redet keiner – das macht mich nervös.“

Behinderung – Horrorszenario

Noch nervöser machte alle drei Teilnehmer der Podiumsdiskussion aber, dass Menschen mit Behinderung mehr und mehr in eine Parallelgesellschaft abgeschoben werden – von Inklusion keine Spur. „Wie soll man denn Menschen mit Behinderung in ihrem Umfeld akzeptieren, wenn man nicht mit ihnen aufwächst?“, fragte Oswald Utz. „Da ist es doch natürlich, dass ein behindertes Kind für junge Leute ein Horrorszenario ist.“

Der Wirtschaftsethiker Nils Goldschmidt (Freiburg/München) klärte mit interessanten Daten, Fakten und Theorien darüber auf, warum ein großer Teil Bevölkerung unserem Wirtschaftssystem skeptisch gegenüber steht – obwohl es eigentlich sehr gut funktioniert. Gut zwei Drittel der Deutschen haben nämlich das Gefühl, es gehe ungerecht zu in unserer Gesellschaft. Vier Fünftel meinen, dass die Unternehmen einfach das tun, was sie wollen. Das Vertrauen in die Gestaltungskraft der Politik gegenüber der Wirtschaft haben ebenfalls viele verloren. Die Armut in Deutschland verfestigt sich. Dennoch bestünde kein Zweifel: Die Marktwirtschaft ist produktiv, die Marktwirtschaft ist anerkannt, eine Planwirtschaft wird abgelehnt.

Um solche Befunde zu erklären, griff Goldschmidt auf Gedanken des Wirtschaftswissenschaftlers Friedrich von Hayek zurück. Der sagt: Moral entsteht in kleinen Gruppen und wirkt dort, wo man direkt miteinander kommuniziert. Auf die große, anonyme Gesellschaft, wirtschaftliche Prozesse und „die Ackermann dieser Welt“

lassen sich individuelle moralische Standards also nicht eins zu eins anwenden. Sozialethik ist eben etwas anderes als Individualethik – oder drastischer ausgedrückt: „Für die Marktwirtschaft ist es nicht wichtig, ob jemand sonntags in die Kirche geht.“



Oswald Utz: „Menschen mit Behinderung werden in eine Parallelgesellschaft abgeschoben“

Steht die Moral in der Wirtschaft so mit auf verlorenem Posten? Natürlich nicht, meint Nils Goldschmidt, nur solle man sie nicht nach dem Muster „gut oder schlecht“, sondern nach Maßstäben der Gerechtigkeit beurteilen.

Moralerziehung

Kann man die Menschen zur Moral erziehen? Joachim Detjen von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt stellte in seinem Vortrag vier Ansätze der Moralerziehung vor, die an dieser Stelle – inklusive der Kritik an ihnen – nur stichwortartig wiedergegeben werden:

1. Werteübertragung: Sie besteht in der Weitergabe bewährter Tugenden, Werte und Normen von einer Generation auf die folgende. Gegen sie sei einzubinden, dass sie nicht zur moralischen Mündigkeit und sittlichen Urteilsfähigkeit erzieht.
2. Werteklärung, die sich im Kern nur auf die Selbstreflexion über die persönlichen Vorlieben beschränkt.
3. Empathieförderung: Sie setze auf die emotionale Komponente der Moral und röhre das Herz. Das sei verdienstvoll, ersetze aber nicht die Reflexion.
4. Förderung der moralischen Urteilsfähigkeit – der man vorwerfen könnte, „dass sie es mit der Reflexivität übertriebt und das moralische Handeln selbst aus dem Auge verliert.“ ■

Sebastian Haas

Schneisen ins Dickicht der Lebenswelt

Was ist gutes, was ist schlechtes Handeln? In einer pluralistischen Gesellschaft gibt es darauf viele Antworten. Doch auf welcher Grundlage entstehen unsere Werthaltungen?

„Leben und leben lassen“ ist das Credo der pluralistischen Gesellschaft. „Problematisch wird es dann, wenn verschiedene Freiheitsbereiche aufeinandertreffen“, so Dirk Lüddecke vom Lehrstuhl für Politische Theorie und Philosophie an der Münchener Universität. Er sprach über den ethischen Pluralismus und den politischen und philosophischen Umgang mit ihm. Mit Carlo Schmid ging er davon aus, dass die Quellen der Orientierung bei den

Griechen zu fließen beginnen. Ungeprüft, das heißt ohne Leitung der allgemeinen Vernunft, ist das Leben im griechischen Verständnis nicht lebenswert. Daher wurde die Frage nach der guten politischen Ordnung für Platon zur Frage nach der rechten Ordnung in der Seele der Bürger. Doch von diesem politischen Personalismus hat sich die Gegenwart abgewendet. Das forum internum und die politische Auseinandersetzung finden getrennt von

einander statt. Gerade auf der Grundlage von ethischer Neutralität beansprucht der Staat allgemeine Anerkennung. Doch immer wieder brechen Probleme auf, bei denen sich diese Neutralität nicht durchhalten lässt. So berühren Entscheidungen über Abtreibung, Sterbehilfe und Biotechnologie immer wieder prinzipielle Überzeugungen, gegenüber denen keine Neutralität möglich ist.

Lüddecke identifizierte innerhalb des politischen Prozesses klare Anzeichen für das Vorliegen von „morality policy“: Gesetzesanträge werden fraktionsübergreifend gestellt, Entscheidungen werden ausdrücklich dem Gewissen der Abgeordneten anheimgestellt und das Verfassungsgericht wird als letzte Instanz bemüht.



Dirk Lüddecke: Starke Wertungskonflikte nicht zu vermeiden



Gerhard Luf: Morale Routinen oftmals überfordert



Jochen Wagner: Tagträume diesseits von Dogma und Konsum

Starke Wertungskonflikte zu vermeiden ist auf dem Gebiet der morality policy nicht möglich. Während im Prozess der Abwägung von Interessen mitunter eigene Interessen zurückstehen müssen, ist diese Selbstdistanzierung im Blick auf ethische Grundüberzeugungen schwer. Daher bleibt auch immer fraglich, ob politische Lösungen im Feld der morality policy Ausweis von begrüßenswerter Kompromissfähigkeit oder doch eher von abzulehrender Doppelmoral sind. Jedenfalls war Lüddecke sich mit Habermas darin einig, dass der liberale Staat nicht erwarten kann, dass im öffentlichen Diskurs weltanschauliche Begründungen außen vor bleiben.

Balance zwischen Recht und Moral

Dem Verhältnis zwischen Ethik und Recht, dem „Kap Horn der Rechtsphilosophie“ (so eine Formulierung des Juristen Jhering), widmete sich der Wiener Rechtsphilosoph Gerhard Luf. Die Pluralisierung der Ethosformen werfe die Frage auf, ob die Balance

zwischen Recht und Moral noch tragfähig ist. Luf diskutierte dazu den von John Rawls entwickelten „overlapping consensus“, auf dessen Grundlage gleiche freie Bürger zusammenleben können. Voraussetzung eines solchen Konsenses sei die Neutralität der verschiedenen Lebensentwürfe, die ihrerseits das Prinzip der Toleranz in sich tragen müssten. Das Konzept des

behalten. „Selbst die besten Gesetze nützen nicht, wenn nicht die sittlichen Voraussetzungen gegeben sind“, sagte Luf.

Gefühlte Orientierung

Jochen Wagner, Pfarrer, Philosoph und Studienleiter an der Evangelischen Akademie Tutzing widmete sich

„overlapping consensus“ stellte Luf in Zusammenhang mit der Stellung der Muslime und der modernen Biomedizin. Für Kulturen, die die Trennung von Religion und Politik nicht akzeptieren wollen, könnten weltanschaulich neutrale Verfassungsformen zu einem modus vivendi führen: durch Gewöhnung und die Möglichkeit, mit rechtsstaatlichen Garantien Freiheitsräume zu erhalten.

Ethischer Pluralismus

Die Balance Ethik/Recht sei zurzeit auch durch die Diskussionen über den Umgang mit den neuen Biotechnologien herausgefordert. „Eingeübte moralische Routinen können das nicht verarbeiten“, so Luf. Der ethische Pluralismus schlage dabei oftmals in die Rechtsdiskussion durch, wie am Beispiel der Menschenwürde zu sehen ist.

Vom Recht könne man aber auch keine Patentlösung erwarten. Luf appellierte daran, bei diesen Fragen sorgfältig abzuwägen, auch warten zu können und die Entwicklungen im Blick zu

„Tagträumen diesseits von Dogma und Konsum“. Jeder habe eine „gefühlte Orientierung“, die durch persönliche Erfahrungen geformt werde.

Die Dimension der Vergänglichkeit könne sich etwa in dem Kindheitserlebnis konkretisieren, einen Stachel aus einem Gummiball zu ziehen, der danach unumkehrbar kaputt geht. „An das Geräusch erinnere ich mich noch heute“, sagte Wagner.

Er betonte die Bedeutung der Leiblichkeit. Der Drang „sich selbst zu fühlen“ – mit Extremsportarten und künstlerischen Höchstleistungen als Paradebeispiele – jenseits aller Banalitäten, füttere die besagte „gefühlte Orientierung“. Damit ließen sich „Schneisen ins Dickicht der Lebenswelt“ schlagen. ■

Gero Kellermann / Michael Spieker

Ethische Entscheidungen nicht nach Kassenlage

Große Bandbreite von Themen bei „Philosophischer Studienwoche“

Die ehemalige Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer hat bei einer Reihe von Vorträgen ethische Fragen der Gesundheitspolitik und der modernen Medizin diskutiert. Sie verband das mit der Reflexion aus der politischen Praxis. Dabei wurde deutlich, dass eine prinzipiengeleitete Politik es schwer hat gegen die Verheißenungen von Fortschritt und Selbstbestimmung.



Andrea Fischer: „Prinzipiengeleitete Politik hat es schwer gegen Fortschritt und Selbstbestimmung“

Fischer sah auch eine Tendenz zu einer „liberalen Eugenik“, in der die Entscheidungen über die Art und Weise und vor allem das Ergebnis der menschlichen Reproduktion zwar nicht zentral gesteuert werden, aber insgesamt dennoch normierende Wirkung entfalten. Dabei werde alles ausgeschlossen, was als „anders“ gilt, besonders Leben mit Behinderungen. Fischer votierte dagegen stark für eine rechtliche Perspektive auch im Hinblick auf den Umgang mit werdendem Leben. Dann werde nämlich klar, dass Politik hier zu entscheiden hat, da es um die Berührung der Freiheitssphären von unterschiedlichen Personen geht. In solch einem Fall kann nicht mehr nach privatem Gutdünken entschieden werden.

Fischer sprach bei der ersten „Philosophischen Studienwoche“ der Aka-

demie, die sich dem Thema von Bioethik und Biopolitik widmete.

Rund 20 Studenten und Doktoranden unterschiedlicher Fächer diskutierten vier Tage lang mit Andrea Fischer und stellten dabei auch ihre eigenen Arbeiten vor. Diese widmeten sich einer großen Bandbreite von Themen.

So ging es um die Frage der Legitimität des Aufbaus von Biobanken, in denen



Heinrich Bedford-Strohm kam kurz vor seiner Wahl zum Landesbischof in die Akademie

Körperzellen zum Zwecke der Erforschung und Entwicklung von individualisierter Medizin aufbewahrt und gespeichert werden. Ferner standen Einschätzungen der Präimplantationsdiagnostik, Fragen der Begründbarkeit ethischer Forderungen und der Stellenwert von Religion im öffentlichen Diskurs im Mittelpunkt der Debatten.

Ihnen zur Seite traten Beiträge der Philosophen Christian Illies und Michael Spieker, des Politikwissenschaftlers Reinhard Zintl und des Theologen Heinrich Bedford-Strohm, der kurz vor seiner Wahl zum neuen Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern Gast der Akademie war.

Alle Referenten kamen immer wieder zur Kernfrage nach der Rolle von Prinzipien im ethischen Diskurs der Gegenwart. Dabei herrschte Einigkeit über die Notwendigkeit einer prinzipiellen Grundlegung. Wenn über die Persönlichkeit des Menschen und seine Natur entschieden wird, dürfen nicht Interessen- und Kassenlage den Ausschlag geben. Auf diesem Wege kann es keine Entscheidungen geben, die allen Menschen gerecht werden. ■

Michael Spieker



Rund 20 Studenten und Doktoranden unterschiedlicher Fächer diskutierten ethische Grundfragen
Fotos: Watzinger

Vorurteile im Vergleich

Interdisziplinäres über Islamfeindschaft und Antisemitismus

Sind Mohammed-Karikaturen die antisemitischen Postkarten von heute? Gleichen Anti-Moscheenbau-Demonstrationen in Köln und Berlin dem „Juden-Raus“-Radau der Nazis? Bedient Thilo Sarrazin die gleichen Klischees gegen Muslime wie Heinrich von Treitschke einst gegen die „Ostjuden“? „Absurd!“ sagen

die einen und schließen Vergleiche zwischen Antisemitismus und Islamophobie kategorisch aus. „Punktuell denkbar“ meinen die anderen – und versuchen die emotionale Debatte ein Stück zu versachlichen. So auch die Akademie und das Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam mit einer gemeinsamen Konferenz zum umstrittenen Vergleich

„Feindbild Islam und Antisemitismus“. Dazu trafen sich Historiker und Sozialwissenschaftler, aber auch Pädagogen, Religionswissenschaftler und Journalisten am Starnberger See. Die perfekte Antwort, was an Juden- und Islamfeindschaft tatsächlich vergleichbar ist – und was eben nicht – erwartete vernünftigerweise niemand.

Klischees überdauern

Julius H. Schoeps, Direktor des Moses Mendelssohn Zentrums, ließ gleich beim Eröffnungsvortrag keinen Zweifel, dass jüdenfeindliche Bilder und Klischees auch nach der Shoah in den europäischen Köpfen überdauert hätten. Antisemitismus besäße weiter „eine psychosoziale Funktion“. Als

rer Tausend deutschen E-mails, Blogs und Chats der letzten zehn Jahre, deren Inhalt an den Zentralrat der Juden und die israelische Botschaft gerichtet war. „Antijüdische Vorurteile sind in Deutschland weit verbreitet“, so Friesels Fazit. „Der Ton wird schärfner, und negative Sichtweisen auf Juden teilen auch viele aus der gesellschaftlichen Mitte.“



Julius H. Schoeps: „Antisemitismus besitzt eine psychosoziale Funktion“
Fotos: Haas / Hilpert



Juliane Wetzel: „Juden wie Muslime dienen als Sündenböcke für Wirtschafts- und Globalisierungsprobleme“

seine Wurzel sah er religiöse Überzeugungen, namentlich die christliche Dif- famierung der Juden als Gottesmörder. Eviatar Friesel (Hebräische Universität) stützte die Diagnose der anhalten- den Bedeutung des Antisemitismus mit Ergebnissen einer Analyse von meh-

rer Tausend deutschen E-mails, Blogs und Chats der letzten zehn Jahre, deren Inhalt an den Zentralrat der Juden und die israelische Botschaft gerichtet war. „Antijüdische Vorurteile sind in Deutschland weit verbreitet“, so Friesels Fazit. „Der Ton wird schärfner, und negative Sichtweisen auf Juden teilen auch viele aus der gesellschaftlichen Mitte.“

rungsprobleme, und sie werden als innere Gefahr wahrgenommen“, sagte Wetzel. Es sei wichtig, strukturelle Ähnlichkeiten zu erforschen, ohne dabei gleichzusetzen. In den USA seien komparative Analysen schon viel weiter, das tate nun auch hierzulande not. Ein Unterschied zwischen Antisemitismus und Islamfeindschaft sei ein etwa die verschwörungstheoretischen Elemente des Antisemitismus. Aber die Grenzen seien fließend, denn schon gehe auch gegenüber dem Islam die Rede von einer „demografischen Verschwörung“ um. Islamfeindschaft äußere sich mittlerweile auch in der Schändung muslimischer Friedhöfe und Moscheen.

„Antimuslimismus“

Eine deutlich breitere, systematische- re Vorbereitung von Vergleichen zwi- schen Antisemitismus und Islamfeind- schaft forderte der Brühler Politikwissen- schaftler Armin Pfahl-Traughber. Er hält den Begriff „Islamophobie“ für eine untaugliche Vergleichsschablone zum Antisemitismus, zumal das Wort als politischer Kampfbegriff der Islami-isten auch gegen jede Kritik am ei- genen Handeln instrumentalisiert wür- de. Stattdessen rät Pfahl-Traughber zur Einführung des Begriffs „Antimus- limismus“, wobei er sich auf „eine Feindschaft gegen Muslime als Mus- lime“ beziehe. Möglichen Vergleichen

zwischen Antisemitismus und Antimuslimismus wollte er gern ein mehrteiliges „Untersuchungsraster“ vorschaltet wissen. So sei zu prüfen, inwiefern sich bei den jeweiligen „Diskriminierungsideologien“ schon ein geschlossenes Weltbild entwickelt habe, welche Auswirkungen bisherige Feindbilder hatten – von der individuellen Aversion bis hin zum Genozid – und bis zu welchem Grad die jeweiligen Stereotype in der Mehrheitsbevölkerung verbreitet seien.

Aus architekturhistorischer und stadtsoziologischer Perspektive näherten sich Ulrich Knufinke (TU Braunschweig) und Thomas Schmitt vom Max-Planck-Institut Göttingen markanten Konflikten, die Juden und Muslime im christlichen Europa mit der Mehrheitsgesellschaft ausfochten und noch ausfechten. Architekturkenner Knufinke breitete ein Panorama jüdischer Synagogenbau-Tätigkeit im 19. Jahrhundert aus und beschrieb zugleich, wie lokale Behörden immer wieder versuchten, Einfluss auf Bau- und Standort der Gotteshäuser zu nehmen. „Letztendlich kamen viele Synagogen aber doch zustande“, resümierte er. Für den Geographen Thomas Schmitt, der aktuelle Moscheebaukonflikte nachzeichnete, war es schwieriger, verallgemeinernde Aussagen zu treffen. Ausgrenzungsstrategien gegen Moschee-Projekte seien in verschiedenen Städten zu beobachten. Andererseits, so Schmitt, hänge viel von den lokalen Akteuren vor Ort, aber auch von der vorherrschenden öffentlichen Meinung ab.

Medien ohne Differenzierung

Und die wird heute mehr denn je von Zeitungen, Radio, Fernsehen und dem Internet gemacht. Daher gehörten auch „Judentum und Medien“ sowie „Islam und Medien“ zu den Themen der Tagung. Dabei attestierte die Münchner Historikerin Monika Halbinger den deutschen Medien eine vergleichsweise kritische Israel-Berichterstattung. Sie sprach aber auch von Mechanismen der „Schuldenlastung“ und von philosemitischen Stereoty-

pen bei der Darstellung jüdischen Lebens hierzulande. Das könne rasch auch „in sein Gegenteil umkippen“. Der Kölner Medienexperte Thorsten G. Schneiders beklagte, viele Redaktionen würden sich heute kaum die Zeit nehmen, ausgewiesene Islamwissenschaftler für eine differenzierte Berichterstattung zu engagieren.

Vielfalt im Islam

Schon am Vortag hatte der bekannte Berliner Islamwissenschaftler Peter Heine die Vielfalt sunnitischer und schiitischer Lebensformen wie auch jene der theologischen Rechtsvorschriften im Islam skizziert. Vieles davon sei in Deutschland kaum bekannt, bedauerte Heine, was letztendlich auch der geringen Zahl von ausgebildeten Islamforschern und Asien-Experten geschuldet sei. Zur Aufklärung des undifferenzierten Blicks auf den Islam sei zunächst ein gesteigertes Interesse an der sozio-ökonomischen Situation in den islamisch geprägten Ländern notwendig. Erst dann solle man sich auch für die Religion interessieren. Auch die verbreitete Meinung, dem Islam fehlten Reformation und Aufklärung, würde sich bei genauerer Hinsicht als unbegründet erweisen. Letztere habe es im Islam bereits im 8. Jahrhundert durch die Muzatiliten gegeben, auf die sich Reformer auch heute wieder beziehen.

Frische Einblicke in heutige Minderheitensituationen in Deutschland lieferten Heinrich Olmer vom Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern und Mohammed Khalil vom Zentralrat der Muslime. Bei der Podiumsdiskussion am Schlusstag sprach Khalil von Angst und Vorurteilen in der deutschen Bevölkerung, aber auch von Unsicher-

heiten bei den Muslimen. Dass der deutsche Staat Muslime nicht ausgrenze, es aber gesellschaftliche Auswüchse von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ gebe, konstatierte Khalil. Von einem Vergleich wollte Khalil angesichts der gänzlich unterschiedlichen Geschichte von Juden und Muslimen in Deutschland nicht sprechen. Während Juden immer schon Teil der deutschen Bevölkerung waren, seien die Muslime nun einmal erst jüngst hinzugekommene Migranten. Aber man nehme sich dennoch die Erfahrungen der Juden zum Vorbild, von denen man lernen könne.

Bekenntnis ohne Wille

Von Ausgrenzungen auf der gesellschaftlichen Ebene wusste auch Heinrich Olmer, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Bamberg und Mitglied im

Direktorium des Zentralrats der Juden, zu berichten. Sie haben noch seine Berufswahl beeinflusst, indem er nicht Jurist wurde, weil er damit auf eine Tätigkeit in Deutschland festgelegt gewesen wäre. Doch habe sich mit den 90er Jahren auch Entscheidendes geändert: Man sei inzwischen doch zu einem selbstverständlichen Teil der Gesellschaft geworden.

Persönlich konnte Olmer ergänzen: „Meine Tochter studiert nun

Jura.“ Doch beklagte Olmer auch, dass den öffentlichen Bekenntnissen zur Bedeutung von Dialog noch nicht der Wille folgt, diesen konkret zu ermöglichen. Es fehle an Koordination und oftmals selbst an den geringsten finanziellen Förderungen. Für die vergleichsweise gut integrierte jüdische Bevölkerung sieht Olmer ein Paradox: „Das Dazugehörigkeitsgefühl zur deutschen Gesellschaft nimmt zu, aber die jüdische Identität nimmt ab, und das ist jetzt ein echtes Problem.“ ■

Olaf Glöckner / Michael Spieker

(Siehe Pressechau Seite 28)



Die Moschee im oberbayerischen Penzberg gilt für viele als Musterbeispiel gelungener Integration

Foto: Alen J. März

Von den Adressaten zu den Autoren internationaler Politik

Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung in den asiatischen Schwellenländern

Ist es nach der vom Westen verursachten Weltwirtschafts- und Finanzkrise noch legitim oder zu vermitteln, dass der Westen – immerhin nur 12 Prozent der Weltbevölkerung – ganz selbstverständlich die internationale Politik und die Geschicke der restlichen Welt bestimmt? Internationale Institutionen seien meist westlich dominiert und erlauben damit – so Kritiker – eine einseitige Durchsetzung der Interessen.

Vor diesem Hintergrund stellte sich die Tagung „Zukunft ohne Demokratie?“ Fragen nach der Tragweite und Gültigkeit westlicher Modelle und nach Systemalternativen, die vielleicht gerade in den aufstrebenden und wirtschaftlich erfolgreichen Schwellenregionen Ostasiens entstehen. Die Kritik an westlichen Regierungsmodellen wird oft verbunden mit dem zunehmenden Selbstbewusstsein, über regionale und lokale Initiativen und Prozesse zu verfügen, die der staatlichen Organisation und wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung besser entsprechen. Hierbei entstehen anscheinend auch neue Mischformen aus unterschiedlichen politischen Systemelementen, die durchaus die Problematik autoritärer Strukturen beinhalten.

Ein Fazit lässt sich schon ziehen: trotz zunehmender Kritik an westlichen Systemvorstellungen und westlichem Sendungsbewusstsein, gerade aus Asien, haben westliche Modelle, gerade in Bezug auf Demokratie und Freiheit, doch eine umfassende Attraktivität.

Gebietsansprüche

Patrick Köllner vom GIGA-Institut für Asienstudien Hamburg beschrieb Chinas neue Rolle in der asiatischen Region: Chinesische Banken investieren asienweit und vergeben mehr Kredite als die Weltbank, Pekings Einfluss auf Integrationsprozesse in Asien wächst. China, das bedeutendste autoritäre Re-

gime der Welt, hat große geostrategische und wirtschaftliche Bedeutung und damit Signalkraft. Die Führungsrolle der Kommunistischen Partei darf nicht angetastet werden – entsprechend kreativ ist die Führung in der Schaffung eigener, alternativer Werte.

oder um politisches Säbelrasseln vor der großen personellen Umbesetzung der Führungsspitze in Peking 2012. Die nicht-kooperative Haltung Chinas ist vielfach erkennbar: Territorialkonflikte, die unnachgiebige Währungspolitik und der Umgang mit dem Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo haben „viel Porzellan zerschlagen“, so Köllner.

In der Aufzählung autoritärer Systeme lässt Köllner Indien nicht aus. Indien besticht durch großes Wachstum und den Pomp der Ausrichtung der Commonwealth Games, doch die Bedrohung der inneren Sicherheit durch



Tradition, Maoismus und Moderne treffen in Peking aufeinander

Das chinesische Modell scheint Modernisierungstheorien fraglich zu machen: Die Wirtschaftsentwicklung führt nicht zu mehr politischen Freiheiten oder der Vertiefung demokratischer Strukturen.

Problematisch sind die forsch artikulierten Gebietsansprüche, beispielsweise gegenüber Japan. Hier stellt sich die Frage, ob es sich um eine außenpolitische Neuausrichtung handelt,

Terroranschläge, durch Naxaliten – eine maoistisch geprägte Guerilla-Organisation – und Korruption ist erheblich.

In Myanmar, zweifellos einem der autoritärsten Regime der Welt, sieht Köllner lediglich einen Übergang von dem staatsgelenkten Militärsystem zu auch zivil getragenen Regierungsformen. In seiner Belagerungsmentalität sieht sich das Militär als einziger

Hüter der Einheit. Zu erwarten ist also bestenfalls eine indirekte Militärherrschaft. Nordostasien schließlich steht vor der Nordkoreafrage. Es ist durch seine einzigartige Abgeschlossenheit ein „Extremfall autoritärer Herrschaft“. Die Regierung hat das Informationsmonopol, dennoch ist es kein Regime in „Reinform“ mehr. Die ideologische Legitimationsbasis des Kim-Regimes erodiert, die Transformationskontinuität ist nicht gesichert. Ob sich der Kim-Enkel als Nachfolger seines Großvaters und Vaters langfristig halten kann, ist unsicher. Ein friedlicher Führungswechsel scheint möglich. Die Bedeutung liegt auf „friedlich“. Umstürze, die vielleicht irgendwann zu Demokratisierung führen könnten, sind nicht erwünscht. Für die Region steht im Vordergrund: Kein Land hat Interesse an einem Zusammenbruch Nordkoreas.

Demokratie nicht die Norm

In Bezug auf Demokratisierung in Asien wies Patrick Köllner darauf hin, dass erst die dritte Demokratisierungswelle nach dem Zweiten Weltkrieg und Dekolonialisierung Asien erreicht hatte.



Die zentrale Macht bleibt in ihren Händen: das Zentralkomitee der KP Chinas

Als Vorreiter in Asien gelten Indien, Pakistan, Sri Lanka und die Philippinen (bevor sie unter Marcos in den Autoritarismus abdrifteten). Für die 1970er Jahre zählt Freedom House nur neun Länder der Region als „frei“, 1987 sind 17 Länder „teilweise frei“. Übergänge zu Demokratisierung gibt es in den 1990er Jahren. 1992 ist der Höchst-

stand für Demokratie in Asien erreicht: 16 von 37 Ländern gelten als „frei“. Seitdem ist kein Fortschritt zu sehen: Sich kaum verändernde Hybridformen zwischen autoritär und frei entstanden. Die „teilweise“ und „nicht freien“ Länder bilden in Asien die Mehrheit, „Demokratie ist keineswegs die Norm“, so Köllner. Autoritäre Regime haben durchaus auch elektorale Elemente: Es gibt Wahlen, diese sind aber nicht frei, oder es gibt keine/zu wenige Parteien, oder man einigt sich auf eine Art „Mehrparteienregime“.

Zusammenfassend ist eine „Blüte der Demokratie“ im asiatisch-pazifischen Jahrhundert sehr fraglich. Patrick Köllner führte als Beleg die Vielfalt autoritärer Herrschaftssicherung an.

Aurel Croissant von der Universität Heidelberg ist unnachgiebig: Nur eine freie, liberale, rechtsstaatliche, verantwortliche und Partizipation und Kontrolle ermöglichte Demokratie ist eine Demokratie. Auch die großflächigere Betrachtung, in der dem Demokratieoptimismus der 1990er Jahre (Demokratisierungswellen und Zusammenbruch der Sowjetunion) der Demo-

Ob das Gesamtsystem wirklich bedroht ist, steht in Frage. Croissant attestiert: Nicht die Demokratie im Ganzen, sondern nur Teilbereiche sind von der Krise betroffen: Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Bürgerrechte und Korruptionsbekämpfung. Dennoch haben sich nach Aussage von Freedom House auch in Asien Institutionen verbessert. Oft läuft aber die historisch-politische Entwicklung konträr: In Europa entwickelten sich erst der Rechtsstaat und die Institutionen, dann die Demokratie. In Asien ist dies umgekehrt oder zumindest verschieden, was zu einer institutionellen Schwäche führt. In Südostasien beispielsweise sind elektorale Elemente stärker als der Rechtsstaat.

Die eine, große Demokratiekrisie sieht Croissant dennoch nicht. Vielmehr stehen mit Taiwan, Südkorea, Indonesien und Japan stabile Demokratien den Problemfällen Thailand, Philippinen und Kambodscha gegenüber. Insgesamt hat es in Südostasien also keinen Rückgang der Demokratie gegeben. Die Region steht im historischen Maßstab gut da, ungeachtet einiger Modernisierungshindernisse, wie etwa im islamischen Indonesien.

In diesem Zusammenhang scheitert in Asien die Modernisierungstheorie, nach der Demokratisierung das Ergebnis von Modernisierung ist: Singapur ist atemberaubend modern, aber keineswegs demokratisch.

Demokratisierung hängt ab von Machtverhältnissen und internationalem Koalitionen. Modernisierung hilft, Demokratiedefizite zu überbrücken. Langfristig wird die Stabilität jedoch abhängen von der Fähigkeit, Krisen zu regeln und insbesondere Verteilungskonflikte zu lösen. Demokratie werde insgesamt in Asien geschätzt, doch ist die Sozialisierung in einer autoritären Umgebung ein Problem, so Croissant, und führt zu einem anderen, nicht-liberalen Politikverständnis.

Das autoritäre „Problem“ China erläuterte Nele Noesselt vom Ostasiatischen Seminar der Universität Göttingen differenziert: Chinas Weltbilder unterscheiden nationale und internationale Interpretationen. Es besteht kein globaler Ordnungsanspruch, auch

möchte China sein Modell keineswegs exportieren – verbietet sich im Gegenzug aber externe Einmischung. Der historische Kontext ist bemerkenswert: Chinas klassisches Weltbild gerät 1848 mit dem Einbruch westlicher Interessen und endgültig mit Untergang des Kaiserreichs 1911/12 ins Wanken. Durch die verlorene Herrschaftslegitimität des „Mandats des Himmels“, das seine Außenpolitik als nachgeordnetes Tributsystem gestalten konnte, stand China dem Konkurrenzmodell der modernen Nationalstaaten hilflos gegenüber. Die Folge war eine fundamentale Identitätskrise und – trotz einiger Reformbewegungen – die Ablehnung des westlichen Modells. Letzteres war durch die erzwungene Öffnung des Reiches durch die Opiumkriege und die Schmach der durchsetzungsfähigen ausländischen Präsenz allerdings nicht verwunderlich.

Erst durch die Ideengeber der Republik erfolgt eine Orientierung am Westen. Wie demokratisch Sun Yatsens „Drei-Stufenmodell“ allerdings war, in dem sich eine Militärdiktatur zu demokratischen Elementen auf Dorfebene entwickeln sollte, ist fraglich. Mao übernahm für die außenpolitische Ideensetzung zunächst das sowjetische „Zwei-Lagermodell“, ging aber bald mit der „Zwischenzonentheorie“ und dem „Drei-Weltenmodell“ zur Sinisierung von Ansätzen über. Erst die Reformpolitik und Entideologisierung ab 1978 konnten Krieg und die Unausweichlichkeit der Revolution quasi abschaffen, auf Hegemonie verzichten und sich den Grundsätzen von Frieden und Entwicklung zuwenden. Die „Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz“ und das Ziel der Multipolarität wurden aufgewertet. Nach dem Untergang der Sowjetunion stand die Welt auch vor der spannenden Frage, wie China die neue internationale Politik mit gestalten wird. Im Ergebnis wurde Peking weniger aktiv als gedacht

und vielleicht möglich gewesen wäre. Die Frage heute ist allerdings, ob China ein neues „Tianxia („alles unter dem Himmel“)-Weltmodell des 21. Jahrhunderts“ entwickelt, in dem Chinas harmonische Gesellschaft in Konflikt mit dem Westen kommt.

Der Anspruch ist klar: Erfolgreiche Wirtschaftsmodernisierung ohne politische Reformen. Die Realität, so Noesselt, ist spannend: Es gibt weitgehende administrative Reformen und Modernisierungserfolge. Doch mit dem Primat der Ökonomie wurde eine neue Legitimität erforderlich. Die Lösung: Die Kommunistische Partei Chinas verkündet, nur sie könne das Land einen und nach außen erfolgreich vertreten. Neue Herausforderungen wie die Umweltzerstörung allerdings sind trotz erfolgreichem Wirtschaftswachstum kein Garant, das System stabil zu halten. Daher die Notwendigkeit, das Modell der „Harmonischen Gesellschaft“ einzuführen. Am Ende stellt China dem Westen die Systemfrage. Denn auch die gut ausgebildete, inter-

wicklungshilfe), „win-win-Situativen“, keine Einmischung in andere Länder. Die „Harmonische Welt“ ist ein innenpolitisches Ordnungsmodell, das auf internationale Ebene gehoben wird. Welche Bedeutung die „Harmonische und sozialistische Gesellschaft“ in China hat, zeigen zahlreiche Propagandaplakate, mit denen Chinas Wände und Plätze gepflastert werden. Noesselt: „Inzwischen gibt es sogar schon ‚Harmonische Hochgeschwindigkeitszüge‘.“ Die Frage nach Legitimität und Legalität ist problematisch: In Übersetzungen werden die Begriffe gerne verwischt. Dennoch: Die Kommunistische Partei regiert in China gestützt auf Recht und betont dies auch. Die Regierung in Peking ist legal, sie ist vor allem auch anpassungsfähig und versucht die Gesellschaft einzubinden.

Kein Gegenentwurf

In der Abschlussdiskussion standen die Experten vor der Frage, ob liberale Demokratie alleine im Westen existiert und möglich ist. Japan ist demokratisch, aber nicht westlich. Insgesamt gibt es keinen Gegenentwurf zur liberalen Demokratie mit globalem Charakter. Auch China, sehr erfolgreich im Widerstand gegen demokratischen Automatismus und westliche Vorstellungen, hat kein eigenes exportfähiges Modell. Schließlich geht es um die Handlungs- und Steuerungsfähigkeit: Ein Rechtsstaat braucht sehr viele strukturelle Voraussetzungen. Staaten lassen sich nicht bauen: Es sind komplexe Verfahren, umfassende Friedens- und Kooperationsfähigkeit und Kontrollprozesse notwendig.

Insgesamt muss sich der Westen aber einigen berechtigten Forderungen nach Gleichberechtigung und Pluralisierung in der internationalen Politik stellen. Die politische und kulturelle Deutungshoheit des Westens steht in Frage. Aurel Croissant: „Schwellenländer wollen nicht nur Adressaten, sondern Autoren von internationalen Regeln sein“. ■

Saskia Hieber



Modernisierung ohne Demokratie: Peking gehört heute zu den Mega-Metropolen der Welt

national konkurrenzfähige chinesische Mittelschicht ist bereit – gegen gewisse Freiheiten und Zugeständnisse – den Staat mitzutragen.

China geht international noch weiter und stellt dem „good governance“-erzwingenden Washington-Konsens quasi den Peking-Konsens gegenüber: unkonditionierte Wirtschaftszusammenarbeit auf Augenhöhe (keine Ent-

„Der Westen wird die Scharia besiegen“

Momentaufnahmen aus dem Iran

Christl Catanzaro, Iran-Expertin am Institut für den Nahen und Mittleren Osten der Universität München, erläuterte während einer Tagung über Internationale Politik die Entwicklungen in Iran. Der Kampf um Einfluss in einem komplexen Interessengeflecht verschiedener Institutionen machen Voraussagen über die Entwicklung schwierig. Schlagzeilen machte der Iran mit den Präsidentschaftswahlen 2009 und der „Grünen Bewegung“ – den Anhängern des moderaten Kandidaten Moussawi. Catanzaro, die oft im Iran ist und die Stimmung im Land kennt, beschrieb die wechselnde Atmosphäre vor den Präsidentschaftswahlen im Sommer 2009: Die zunächst herrschende Aufbruchsstimmung schlug nach der Menschenkette am 6. Juni und noch mehr ab dem 12. Juni in Aggressivität um – auch durch das Eingreifen der Sicherheitskräfte. Am 14. Juni gab es erste Tote. In den folgenden Monaten wurden immer mehr Todesurteile verhängt.

Nach der Wahl wurde grün die Farbe des allgemeinen Protests, nicht nur das Symbol der Moussawi-Anhänger. Die Wahl war sicher manipuliert, aber es ist davon auszugehen, dass Ahmadinedschad dennoch gewonnen hätte.



Umstrittener politischer Führer des Iran: Mahmud Ahmadinedschad

Seine Anhängerschaft ist gerade in den unterprivilegierten Bevölkerungsschichten zahlreich.

Schere im Kopf

Catanzaro wies darauf hin, dass das westliche Bild vom Iran nicht mit dem Gesamteindruck übereinstimmt: Die gebildete Mittel- und Oberschicht sei die falsche Quelle im Verhältnis zur durchschnittlichen Mehrheitsmeinung des Volkes. Interessant ist die

vielfältige Zeitungslandschaft im Iran, die sehr viel politische Berichterstattung aufweist und gezielt und teilweise auch erfolgreich junge Wähler anspricht. Offizielle Zensur existiere nicht, wohl aber die „Schere im Kopf“, die Selbstzensur.

Frauenzeitschriften brächten – im Gegensatz zum Westen – sehr gute Beiträge. Dennoch habe – vom Westen weitgehend unbeachtet – die Repression im Herbst 2010 einen neuen Höhepunkt erreicht.

Weitere Aspekte, die den Iran zuverlässig in die westlichen Medien bringen, sind die Atompolitik und die Feindschaft gegenüber Israel. Die Atompolitik wird gespeist aus einer Mischung von Nationalgefühl, energiewirtschaftlichen Interessen, dem Wunsch ein wirksames Abschreckungspotential zu entwickeln und wohl auch der Beobachtung, dass die internationale Gemeinschaft Atomstaaten gegenüber (Beispiel Pakistan) oft nachgiebig ist.

Die oft zitierte Feindschaft gegenüber Israel zieht sich keineswegs gleichmäßig durch die gesamte politische Klasse. So gibt es einflussreiche Politiker, wie den ehemaligen Staatspräsidenten Rafsandschani, der angibt, keine Pro-

bleme mit Juden und den „hochgeschätzten Buchreligionen“ zu haben.

Eine Besonderheit des politischen Systems im Iran ist, dass über und neben der staatlichen Administration die religiöse Führung steht. Khomeini etablierte dieses System mit der islamischen Revolution 1979 und führte es bis 1989. Auch heute hat der vom Expertenrat gewählte religiöse Führer Ayatollah Khamenei das letzte Wort. Der Präsident ist jeweils von seiner Unterstützung abhängig. Präsident



Christl Catanzaro zeichnete ein Bild des Iran, das von westlichen Mediendarstellungen teilweise abwich
Foto: Korte

Ahmadinedschad ist also keineswegs so machtvoll und entscheidungsfrei, wie im Westen oft angenommen wird. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn der Präsident keine Parlamentsmehrheit hinter sich hat und seine Vorschläge abgelehnt werden.

Beherrschende Religion

Die religiöse Qualifikation ist ein wesentliches Legitimitätsmerkmal. Dies müssen auch Spitzopolitiker wie der bekannte Pragmatiker, Millionär und Khomeini-Schüler Rafsandschani erleben, der bereits Parlamentspräsident,

Staatspräsident, Vorsitzender des Schlichtungsrats und des Expertenrats war, aber wenig Chancen auf das oberste Amt des religiösen Führers hat.

Ein weiteres, neben dem den religiösen Führer bestimmenden Expertenrat besonders einflussreiches Organ ist der Wächterrat, der Kandidaten auf ihre Eignung für das Parlament prüft (und auch ablehnt) und verabschie-



Iranische Revolutionsgarden bei einer Militärparade

dete Gesetze auf ihre Vereinbarkeit mit dem Islam abklopft. Zusätzlich gibt es noch den Schlichtungsrat, der zwischen Parlament und Wächterrat vermittelt. Das Parlament hat ähnlich wie die Fachministerien wenig Ein-

fluss. Auch Militär, Justiz und Medien haben kaum Spielräume.

Dennoch weist der Iran demokratische Elemente auf, die allerdings meist mit religiösen Vorgaben durchsetzt sind. Das Militär hat das Problem, dass die reguläre Armee quasi einer Konkurrenz von paramilitärischen Einheiten und verschiedenen Terrortrupps gegenübersteht, wie den Revolutionsgarden „Pasdaran“, der

Schlägermiliz der „Basij“ und der Spezialeinheit „Al-Quds“.

Arbeitslose Jugend

Vorhersagen über zukünftige Entwicklungen in Iran hängen auch von der wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Entwicklung ab. 70 Prozent der Iraner sind unter 30 Jahren alt. Etwa ein Drittel von ihnen ist arbeitslos. Zumindest temporäre Fluchten aus der aussichtslosen und repressiven Realität sind ein großes Thema. Iran hat einen schlechten Ruf als größter

Drogenhandelsplatz der Welt. Prostitution und „Zeichen“ spielen eine verschwiegene Rolle.

Der Konsum westlicher Güter ist in allen Schichten begehrte. Westliche Ware, die über die Türkei oder Dubai in den Iran kommt, ist ein großes Geschäft. Der Westen hat eine so große Anziehungskraft, dass Christl Catanzaro prognostiziert, der Westen werde die Scharia besiegen. Deutsche Produkte sind am beliebtesten, allen voran Mercedes-Fahrzeuge. Deutschland hat in seinen Beziehungen zum Iran den Vorteil, keine historische Belastung als Kolonialmacht zu haben und für seine Gesprächsbereitschaft bekannt zu sein.

Insgesamt ist Iran eine maßgebliche Regionalmacht, die eingebunden werden muss. Catanzaro erinnert an die Millionen von Flüchtlingen, die der Iran während der Taliban-Herrschaft aufgenommen hat und an die vielfältigen Einflussmöglichkeiten und Kooperationsmechanismen, die der Iran in alle Richtungen hat: In die Kurdengebiete, zu den Azeris, den Turkmenen, nach Belutschistan und Tadschikistan und in weite Teile Usbekistans und Georgiens. ■

Saskia Hieber



Anspruch und Wirklichkeit der politischen Bildung in Bayern

Vor 45 Jahren wurde der Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V. in der Akademie gegründet

Im Mai 1966 veranstaltete die Akademie in Zusammenarbeit mit der erst ein Jahr alten Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V. (DVPB) eine Tagung für bayerische Sozialkundelehrer aller Schulararten. In deren Zentrum standen in erster Linie wissenschaftliche und methodische Fragen des Unterrichts. Breiten Raum beanspruchte die Aussprache über Ziele, Methoden und Erfolge der Sozialkunde in Bayern. Neben der beachtlichen Zahl von rund 110 Lehrern nahmen auch Vertreter bayerischer Erwachsenenbildungseinrichtungen an der Veranstaltung teil.

Bereits in der Ankündigung fand sich der Hinweis, dass „bei dieser Gelegenheit eine Landesgruppe Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung gegründet werden“ solle. Neben dem quasi ministeriellen Platzet für den Gründungsakt hatte das Kultusministerium die Genehmigung erteilt, Veranstaltungsteilnehmer aus staatlichen Schulen vom Dienst zu befreien. Die besondere Aufmerksamkeit und das Interesse des Kultusministeriums erfuhr in den Grußworten zweier hochrangiger Vertreter weitere Bestätigung.

Den Eröffnungsvortrag zum Thema „Wissen, Einsicht und Aktivität in der politischen Bildung“ bestritt Akademiedirektor Felix Messerschmid. Am Abend sprach der Münchener Soziologe Karl Martin Bolte „Zum Problem der Freiheit in der Gesellschaft“. Am zweiten Tag stellte Manfred Teschner vom Institut für Sozialforschung in Frankfurt/Main seine Untersuchungsergebnisse zur – unzulänglichen – Wirksamkeit der politischen Bildung an höheren Schulen vor. Daran anknüpfend formulierte der Bundesvorsitzende Adalbert Brunner im abschließenden Referat über „Anspruch und Wirklichkeit des Sozialkundeunterrichts“ zentrale Aufgaben und Forderungen der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung.

Mit aller Behutsamkeit waren die Tagungsteilnehmer in einem Rundbrief auf die beabsichtigte

Landesgruppengründung vorbereitet worden: „Selbstverständlich sind Sie vor allem zum Zweck der Aussprache nach Tutzing eingeladen. Auf keinen Fall sollen Sie sich genötigt fühlen, der Vereinigung beizutreten.“ Der Unterzeichnete (Adalbert Brunner) hofft aber, dass unsere Aussprachen selbst zu dem Ergebnis führen werden, die Praktiker der politischen Bildung müssten aus ihrer Kenntnis der Situation auf die weitere Entwicklung der Sozialkunde und der gesamten politischen Erziehung stärker Einfluss nehmen. „Sie selbst (...) wissen, dass dies heute nicht anders als über einen kräftigen Verband möglich ist. Sie werden deshalb sicher nicht überrascht sein, wenn die Deutsche Vereinigung (für Politische Bildung) Sie bittet, ihr Mitglied zu werden.“

Brunners Werben blieb der Erfolg nicht versagt: Im Anschluss an seine Aufführungen wurde die Gründung der Landesgruppe Bayern der DVPB beschlossen und Akademiedozent Hans Friedrich zu ihrem ersten Vorsitzenden gewählt. Friedrich schien für dieses

Amt geradezu prädestiniert: 1956 Staatsexamen in Deutsch, Geschichte, Erdkunde; 1956-1965 Gymnasiallehrer in München; 1965 Ergänzungsprüfung für Sozialkunde; ab 1. Januar 1966 vom Schuldienst beurlaubt und als hauptamtlicher Dozent an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing tätig.

Um für ihr Anliegen zu werben sowie ihre Mitgliederbasis zu verbreitern, knüpfte die neue Landesgruppe in der Folgezeit vielfältige Kontakte zu unterschiedlichen, mit politischer Bildung im weitesten Sinne befassten Persönlichkeiten, Gruppierungen und Einrichtungen.

Nach der ursprünglichen Planung sollte bereits im Herbst 1966 eine öffentliche Tagung und Mitgliederversammlung in Nordbayern stattfinden, die jedoch auf Grund der „überraschenden Rücknahme von Finanzierungszusagen“ entfallen musste. Stattdessen luden Akademie und DVPB-Landesverband Vertreter bayerischer Lehrerverbände für den Mai 1967 erneut nach Tutzing ein. Zentrales Thema dieser Konferenz bildete wiederum die Lage der politischen Bildung im bayerischen Schulwesen. Auch im darauf folgenden Jahr 1968 veranstaltete die Akademie eine Tagung zusammen mit der Landesgruppe Bayern der DVPB, die ganz unter dem Zeichen der „politischen Unruhe der Jugend“ stand. Weitere Tutzinger Konferenzen schlossen sich an. ■

Steffen H. Elsner

Die Landesvorsitzenden der DVPB in Bayern:

Hans Friedrich, Dozent an der Akademie für Politische Bildung Tutzing, ab 1966
Dieter Grosser, Ludwig-Maximilians-Universität München, ab 1980
Bernhard Sutor, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, ab 1983
Heinrich Oberreuter, Universität Passau, ab 1986
Peter Hampe, Dozent an der Akademie für Politische Bildung Tutzing, ab 1992
Armin Scherb, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, seit 2009



Hans Maier, seit 1962 Professor für politische Wissenschaft in München, war von 1970 bis 1986 bayerischer Kultusminister und ist seit 1999 Prof.em. für christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie. Von 1976 bis 1988 war er Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Er ist u.a. Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung.

Hans Maier
Böse Jahre, gute Jahre
Ein Leben 1931 ff.
Verlag C.H. Beck oHG, München 2011, 420 S.
ISBN 978 3406 612 855, EUR 24,95

Gelehrter, Politiker, Katholik, Musiker – Hans Maiers Erinnerungen erzählen die Geschichte eines ungewöhnlich vielseitigen Lebens. Sie schildern in treffsicheren, subtil geschliffenen Porträts Menschen, denen Maier begegnet ist, darunter Martin Heidegger, Franz Josef Strauß und Joseph Ratzinger. Zugleich aber eröffnet das Buch mit großer atmosphärischer Dichte Einblicke in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, die Maier als teilhabender Zeuge miterlebt hat – von den Jahren der NS-Zeit und der frühen Bundesrepublik bis zur Gegenwart.

Mit feinem Strich schildert Hans Maier in seiner Autobiographie den Weg des Freiburger Buben, der bei der verwitweten Mutter und den beiden Schwestern in bescheidenen Verhältnissen aufwächst und NS-Zeit, Krieg und Trümmerjahre erlebt, zum Professor und Kultusminister im Kabinett von Franz Josef Strauß. Aus der Ambivalenz seiner Erfahrungen mit der Politik macht er dabei keinen Hehl. Doch vor allem schildert er mit geradezu literarischer Genauigkeit die unterschiedlichen Milieus der Wissenschaft, der Politik, der Kirche und der Kultur mit ihren Eigenheiten.

Das oberbayerische Tutzing ist so etwas wie eine Kaderschmiede des deutschen Journalismus: Die Akademie für Politische Bildung unterhält hier seit vielen Jahren ein Aus- und Weiterbildungsprogramm für Journalisten. Geleitet wird dies von Dr. Michael Schröder.

In Zusammenarbeit mit der benachbarten Evangelischen Akademie finden regelmäßig bemerkenswerte Tagungen zur Gegenwart und Zukunft des Journalismus statt. Die wichtigsten Beiträge von zwei dieser Tagungen, „Qualität unter Druck“ im Dezember 2009 und „Umbrüche in der Medienlandschaft“ im Juli 2010, sind in diesem Sammelband dokumentiert.

Renommierte Journalisten und Medienwissenschaftler wie Stephan Weichert, Stephan Russ-Mohl und Volker Lilienthal äußern sich zu den Perspek-

Michael Schröder / Axel Schwanebeck (Hrsg.)
Qualität unter Druck
Journalismus im Internet-Zeitalter
Baden-Baden 2011, Nomos Verlagsgesellschaft
183 S., EUR 19,90
ISBN 978-3-8329-6055-1

ven der krisengeschüttelten Branche, dazu Praktiker wie Hans-Jürgen Jakobs, der ehemalige süddeutsche.de-Chef und jetzige Wirtschaftsressort-Leiter der Süddeutschen Zeitung, Jens Jessen von der „Zeit“, Sissi Pitzer vom Bayerischen Rundfunk und die Fernsehjournalistin Sonia Seymour Mikich.

Ein lesenswerter Sammelband, die Warnung Schröders zum Schluss seines Vorworts ist ernst zu nehmen: „Wenn Qualität im Journalismus dauerhaft verloren geht, verliert auch unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung eine wesentliche tragende Säule.“ Noch gibt es Hoffnung. Bewertung: Sollte man gelesen haben, ist eine Empfehlung wert.

Joachim Braun in www.lesenblog.de

Thomas Mrazek im BJV-Report 1/2011 über die Tagung „Zeitung der Zukunft“ vom Dezember 2010

Angst essen Verlegerseele auf Tageszeitungen zwischen Weltfremdheit und Resignation

Ist die Tageszeitung in der Krise? Nein. Oder zumindest nicht in Straubing. Dort scheinen die Uhren anders zu laufen. Zumindest wenn man einem Vortrag des Verlegers des Straubinger Tagblatts, Professor Martin Balle, zuhörte. Doch Balle hatte bei der gemeinsam von Politischer und Evangelischer Akademie in Tutzing veranstalteten Tagung zunächst mal ein ganz anderes Problem, über das er durchaus besehen referierte. Das Internet und seine Gefahr für die hiesige Medienkultur. Der neben seiner Verlegertätigkeit an der Hochschule Deggendorf lehrende Professor zieh dabei die Internet-Nutzer der „Weltfremdheit“, die „gespannten Seelen“ der Dauersurfer führten zu einer „Selbstentfremdung“ und schließlich treibe „die rein virtuelle Welt uns in Angst hinein“.

Kurzum, Balle, der auch im Vorstand des Verbands Bayerischer Zeitungsverleger agiert, interpretiert die durch das Internet hervorgerufenen Veränderungen vorwiegend negativ. Um seine 2010 respektable 150 Jahre alt gewordene Zeitung müsse man sich aber keine Sorgen machen. Das Blatt, das 120 Festangestellte beschäftigt, kommt auf eine verkauftes Auflage von 125 000: „Wir haben keine Schwierigkeiten mit unserem Umsatz. Heimatzeitung kann man gut machen“, berichtete Balle. Auch die „junge Zielgruppe von 15 bis 20 Jahren“ erreiche er zu 50 Prozent. Wichtig sei dabei der Straubinger Eishockeyverein, dessen Engagement in der höchsten deutschen Spielklasse er jährlich mit einem sechsstelligen Betrag unterstützte. Jeden Tag gäbe es eine Seite darüber. Und im Internet sei das Straubinger Tagblatt auch aktiv,

dort beschäftigt der Verleger 15 Mitarbeiter und erzielt nach eigenen Angaben fast eine Million Euro Umsatz per anno.

Tarifverträge gibt es nicht mehr

Freilich arbeiten in seinem Verlag alle Redakteure ohne Tarifvertrag: „Tarifverträge gibt es in keinem vernünftigen Betrieb mehr“, dozierte Balle, „auch nicht bei Anzeigenkunden.“ „Mein Erfolgsrezept ist Bescheidenheit“, verriet der Verleger.

BJV-Vorsitzender Wolfgang Stöckel warnte jedoch davor, „in einem Monopolgebiet“, wie es Balles Zeitung bedient, „ein journalistisches Prekarat zu bilden.“ Tarifsicherheit sei der journalistischen Qualität zuträglich. Balles Angstbilder vom Internet seien völlig überzogen. Stöckel appellierte an die Verleger, sich endlich wieder auf Qualität zu besinnen und neue Geschäftsmodelle – etwa mit dem Ipad – zu entwickeln. Die Verleger hätten „das Internet von Anfang an falsch eingetütet. Die Abbildung von Print-Inhalten eins zu eins im Netz war ein großer Fehler; der Kardinalfehler war das Verbreiten kostenloser Inhalte dort“.

Marktversagen im Lokaljournalismus

Von wenig Optimismus getragen war die Analyse des Medienwissenschaftlers Horst Röper vom Dortmunder Formatt-Institut. Er stellte ein „Marktversagen im Lokaljournalismus“ fest. Durch den Verlust lokaler Vielfalt, den Abbau journalistischer Arbeitsplätze entstünden „weiße Flecken“. Lokales Fernsehen könne nur als Nischenpro-

dukt existieren, Lokalradio lohne sich nicht und lokale Internet-Angebote arbeiteten auf einer sehr fragilen wirtschaftlichen Basis. Wie könnte man diese Probleme lösen? „Durch eine aktive Medienpolitik!“, argumentierte Röper. „In fast allen Ländern der EU hat so eine Politik zur Stützung und Wiederbelebung im Markt geführt.“

Dass Verlage letztlich von staatlichen Finanzierungshilfen abhängig werden könnten, kommt jedoch weder für Balle noch für Stöckel infrage. Und wie steht es um das sogenannte Leistungsschutzrecht? „Ich halte es für wichtig, aber dass die Verlage wesentliche Einnahmen daraus generieren, sehe ich nicht“, sagte Röper. Verlegervertreter Balle war noch skeptischer: „Das Leistungsschutzrecht kommt wahrscheinlich nicht, es gibt zu viel Widerstand dagegen.“

Wie düster es in der deutschen Zeitungslandschaft mittlerweile aussieht, schilderten drei Gäste aus Mecklenburg-Vorpommern. Marcel Falk, Bürgermeister in Stolpe, Robert Haberer, Online-Redakteur bei der Rostocker Ostsee-Zeitung und Kai Voigtländer, freier Journalist und Vorsitzender des DJV-MV berichteten über „braune Flecken“ auf der Landkarte: Orte an denen die NPD durch eigene, kostenlose Zeitungen die Bevölkerung mit Informationen versorgt. Keine der drei Tageszeitungen in dem am dünnsten besiedelten Bundesland arbeite noch mit einer Vollredaktion, die Kollegen fühlten sich bei Konditionen weit unter dem Tarifvertrag oft als „Content-Sklaven“. „Denen brauchen sie nicht mehr mit Qualitätsjournalismus zu kommen“, sagte Voigtländer.

(siehe Bericht im Akademie-Report 1/2011)

Kristina Maidt-Zinke in *sueddeutsche.de* am 14. Januar 2011:

Die Sprache des Fortschritts ist Englisch, und gerade in den Wissenschaften haben die anderen europäischen Sprachen vor der Übermacht kapituliert. Where is the problem?

Wo ist das Problem? Genauer: Where's the problem? Die Globalisierung schreitet unaufhaltsam fort, die Sprache des Fortschritts, so haben wir es gelernt, ist das Englische, und folglich bedient sich die Wissenschaft, ihrer Natur nach an der Frontlinie des Denkens und auf internationale Kommunikation mindestens so angewiesen wie die Wirtschaft, zunehmend dieses Idioms, das neuerdings gern als „Lingua franca“ bezeichnet wird. Auch wenn die wenigsten wissen, was das bedeutet – es klingt jedenfalls nach „frank und frei“, und Freiheit ist bekanntlich die Hauptsache.

Es wird sich dabei gewiss nicht um die Service-Radebrecherei der Deutschen Bahn oder das Denglish mancher Ministerpräsidenten handeln, denn die Scientific Community muss sich ja, in welcher Sprache auch immer, auf hohem Niveau verständigen. Außerdem dürfte es der Mehrheit der Bevölkerung egal sein, unter welchem linguistischen Label ein Diskurs zelebriert wird, an dem sie kaum Anteil nimmt.

Vor diesem Hintergrund könnte eine Tagung zum Thema „Deutsch in der Wissenschaft“ leicht unter den Verdacht geraten, hier seien ewiggestrige Sprachkonservatoren und Anglizismenjäger am Werk, die dem einheimischen Wissenschaftsjargon ein deutsches Reinheitsgebot verordnen wollten. Bei dem Kolloquium aber, das die Tutzinger Akademie für Politische Bildung in Kooperation mit der Volkswagenstiftung veranstaltete, erhellte schon der Untertitel, dass Komplexeres zur Debatte stand, nämlich die „künftige Rolle des Deutschen in der Wissenschaft“ und die „Chancen wissenschaftlicher Mehrsprachigkeit.“

Sowohl der Versammlungsort als auch die Besetzung der Podien mit Prominenz aus Politik und Wissenschaft signalisierten, dass es hier nicht um Interna des Elfenbeinturms, sondern um Fragen von gesellschaftlicher Bedeutung gehen sollte. Die ganze Tragweite des Problems zeigte sich jedoch erst in den Erfahrungsberichten aus der akademischen Praxis und, wenngleich auf andere Art, in den teils alarmierten, teils ratlosen Lageschilderungen der Politiker: Die sich beschleunigende Kapitulation der europäischen Sprachen, insbesondere des Deutschen, vor einem Global-Englisch im wesentlichen amerikanischer Provenienz vollzieht sich offenbar nirgends so ausgeprägt wie im Bereich von Forschung und Lehre. Und von dort aus könnte sie langfristig erhebliche Auswirkungen auf Kultur und Gesellschaft des Kontinents haben – eine Perspektive, für die jene Öffentlichkeit, die sich mit Bastian Sick und Konsorten um die Verrottung der deutschen AlltagsSprache sorgt, noch nicht einmal ansatzweise sensibilisiert ist.

Natürlich hatten sich fast alle mit einschlägigen Zitaten über den Zusammenhang zwischen Sprache und Denken, Sprache und Erkenntnis, Sprache und Welterfahrung bevorratet, von Goethe und Humboldt, Herder, Heine und Gadamer, Marie von Ebner-Eschenbach und sogar Reiner Kunze. Bundestagspräsident Norbert Lammert, sein Vize Wolfgang Thierse und beider Vorgängerin Antje Vollmer, Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Monika Grütters vom Bundestagsausschuss für Kultur und Medien, Friedrich Rothenpieler vom Bayerischen Wissenschaftsministerium und Michael Kretschmer von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – alle stimmten sie darin überein, dass die deutsche Sprache irgendwie bedroht und in Schutz zu nehmen sei, waren sich indes uneinig, was die Einschätzung der Gefahrenlage und die Sinnhaftigkeit oder Durchsetzbarkeit politischer Maßnahmen betrifft. ...

(Siehe Bericht Seite 10-12)

Heike Schmoll in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 15. Januar 2011:

Wider den Englischzwang

Die Debatten über Deutsch als Wissenschaftssprache werden entweder mit religiösem Eifer geführt oder als bereits entschieden betrachtet: „Der Zug ist abgefahren, es sind nur noch die roten Schlusslichter sichtbar“, stellte der Vizepräsident des Deutschen Bundestags, Thierse (SPD) fest, nachdem sein Nachfolger Lammert (CDU) kurz zuvor eine Lanze für eine entschiedene Sprachpolitik gebrochen hatte. Denn noch ist der Zug nicht abgefahren,

aber auch wenn die Beflissenheit vieler deutscher Forscher dazu führt, sich mit ihren oft belächelten Englischkenntnissen selbst bei Tagungen im Inland anzubiedern. ...

Sowohl die Anträge in der Exzellenzinitiative der Universitäten als auch Evaluationsberichte werden auf Englisch formuliert, aber mit deutschen Steuergeldern finanziert. Über eine zunehmende Entfremdung zwischen Wissenschaft und Volk braucht sich

daher niemand zu wundern. Inzwischen allerdings haben der Vorsitzende des Wissenschaftsrats, Peter Strohschneider, und der Berliner Wissenschaftssenator Peter Zöllner (SPD) erfolgreich dafür gekämpft, dass Anträge für die dritte Förderlinie, also für Zukunftskonzepte der Universitäten, in der Exzellenzinitiative auf Englisch und auf Deutsch vorgelegt werden müssen, bei Graduiertenschulen können in begründeten Ausnahmefällen deutsche Anträge abgegeben werden.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. Februar 2011:

„Mehrsprachigkeit fördern“

Für Mehrsprachigkeit in der Wissenschaft wollen der frühere sächsische Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer und der Sprachwissenschaftler Konrad Ehlich kämpfen, die vor kurzem eine Tagung in Tutzing zum Thema „Deutsch in der Wissenschaft“ mit Politikern und Wissenschaftlern initiiert hatten.

Aus den Diskussionen in Tutzing haben Meyer und Ehlich die Forderung erhoben, dass die Qualität wissenschaftlicher Arbeit unabhängig von der Sprache, in der sie veröffentlicht wird, bewertet werden muss. Dazu gehöre für Deutschland, dass renommierte wissenschaftliche Persönlichkeiten des Auslands, die das Deutsche voll oder rezipтив beherrschten, verstärkt in die internationale Begutachtungspraxis einbezogen würden. Zugleich seien solche Persönlichkeiten als Beispiel und Vorbild für den wissenschaftlichen Nachwuchs öffentlichkeitswirksam hervorzuheben.

Entscheidend für wissenschaftliche Mehrsprachigkeit in Europa sei, die mehrsprachige Publikationspraxis angemessen abzubilden und zu bewerten, heißt es in einer Erklärung, die von den beiden Initiatoren Meyer und

Offensichtlich schwant es allmählich auch Wissenschaftspolitikern, dass zwei Milliarden Euro auch Legitimitätsfragen aufwerfen, die sich jedenfalls schlecht auf Englisch beantworten lassen, zumal die verbalen Kapriolen der ersten Exzellenzinitiative gerade bei den Zukunftskonzepten unvergessen sind. Manche Volluniversität sprach von „Comprehensive University“, weil sich der deutsche Ausdruck nicht übersetzen lässt. ...

Ehlich sowie von weiteren Wissenschaftlern wie dem Bamberger Sprachwissenschaftler Helmut Glück, dem Berliner Romanisten Jürgen Trabant, dem Frankfurter Historiker Hartmut Leppin, der Berliner Japanologin Hijiya-Kirchnereit, der Braunschweiger Biologin Jockusch, dem Kölner Völkerrechtler Kempen und anderen unterzeichnet wurde.

Anstelle des dominierenden amerikanischen Citation Index und des daraus abgeleiteten quantitativen Impact Factors wird im Anschluss an die Tutzinger Tagung eine fachorientierte und textartensensible Publikationsbewertung vorgeschlagen. Auch in Fächern, die grundsätzlich nur englische Publikationen anerkannten, müssten deutsche Wissenschaftler angemessene Publikationsmöglichkeiten haben, damit auch in einer angloamerikanisch dominierten Wissenschaftswelt die Chancengleichheit wissenschaftlicher Leistungen gewährleistet werde. Konkret soll die individuelle Mehrsprachigkeit von Wissenschaftlern mehr gefördert werden. ...

(Siehe Bericht Seite 10-12)

Karen Krüger in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 26. Januar 2011:

Wie sich die Feindbilder gleichen

Tutzing fragt: Reagieren Christen auf Juden und Muslime unterschiedlich allergisch?

... Wann immer es um die Vergleichbarkeit von Islamfeindlichkeit und Antisemitismus geht, folgt daraus meistens Ärger. Als etwa das Zentrum für Antisemitismusforschung Berlin im Winter 2009 dazu eine Tagung veranstaltete, warf eine Autorengruppe um den Hamburger Politologen und Publizisten Matthias Küntzel dem Institutsleiter Wolfgang Benz vor, er trivialisiere den Holocaust und trage zu einer Verharmlosung des Antisemitismus bei – Antisemitismus und Islamfeindschaft seien grundsätzlich nicht miteinander vergleichbar. Warum eigentlich nicht?

Die Politische Akademie Tutzing und das „Moses Mendelsohn Zentrum“ Potsdam haben nun einen erneuten Versuch unternommen, sich dem Für und Wider eines Vergleichs der Phänomene zu stellen – nicht ohne vorher den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem betont wurde, dass Vergleichen keinesfalls Gleichsetzen meint. Viel weiter kam man jedoch nicht: Die Tagung arbeitete wenig ergebnisorientiert. Obwohl die vor allem von Juliane Wetzel vom Zentrum für Antisemitismusforschung vorgetragenen Parallelen zwischen beiden Phänomenen offensichtlich wurden, sträubten sich viele der Referenten gegen einen Vergleich – mitunter schien es jedoch, als seien dafür eher politische als wissenschaftliche Gründe ausschlaggebend. ...

(Siehe Bericht Seite 17)

Waltraud Taschner / Tobias Lill in der BAYERISCHEN STAATSZEITUNG vom 25. Februar 2011:

„Die Zeit ist reif für eine Frau“

... Schon ein Blick auf die Liste der Kuratoriumsmitglieder macht klar, dass es für den CSU-Politiker Goppel schwer wird: Nur etwa die Hälfte von ihnen sind klar dem konservativen Lager zuzuordnen.

Ohnehin sorgt Goppels Begehr in der CSU für Stirnrunzeln. Dass sich der Ex-Minister um die Stelle bewirbt, werde als „seltsam“ empfunden, heißt es aus der Landtagsfraktion. Und dass Goppel die CSU „in eine ganz schwierige Situation“ bringe. Denn: „Letztlich geht man davon aus, dass ein Wissenschaftler zum Zug kommt.“

Goppel ist promovierter Hauptschullehrer. Zudem wird er im April 64. Damit könnte er nur für eine Amtszeit kandidieren. Auch an der Akademie gilt das Pensionseintrittsalter von 65 Jahren. Wenn ein Kandidat vor Amtsantritt jünger als 65 ist, darf er die laufende sechsjährige Wahlperiode jedoch abschließen. Warum er den Job

will? Die Aufgabe sei „spannend“, sagt Goppel. Er wolle die Akademie von einem „gehobenen Erwachsenenbildungsinstitut“ zu einem „Think Tank“ machen, in dem aktuelle Themen diskutiert würden.

Eine Entwicklung, die nach dem Selbstverständnis der Akademie indes überflüssig ist: „Stets am Puls der Zeit“ sei man, formuliert die Akademie auf ihrer Homepage. Man greife regelmäßig „aktuelle Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf“ und stelle sie zur Diskussion.

Manche wünschen sich jetzt eine Direktorin. „Die Zeit ist nach fünf Jahrzehnten reif für eine Frau“, sagt ein Kuratoriumsmitglied. Bewerbungen von qualifizierten Frauen liegen vor, bestätigt der Vorsitzende der Finanzkommission, Hans Maier: „Auch die Wahl einer Frau“, formuliert er diplomatisch, „ist möglich.“

Christian Deutschländer im MÜNCHNER MERKUR vom 7. April 2011:

Akademie-Aufseher lehnen Goppel ab

Die Wechsel-Pläne von Thomas Goppel sind gestoppt. Das Kuratorium der Akademie für Politische Bildung in Tutzing hat den langjährigen Kunstmaler als künftigen Direktor abgelehnt. Nach Informationen unserer Zeitung unterlag Goppel gestern in einer Kampfabstimmung bei der Kandidaten-Auswahl. Fünf von 31 Bewerbern kamen in die nächste Runde.

Goppel hatte angeboten, dem Landtag den Rücken zu kehren (Nachrücker wäre der BR-Moderator Axel Dorow gewesen) und sich voll der Akademie zu widmen. Eine Art „Streitschlichterort“ und eine Anlaufstelle für politische Beratung hatte er vor Augen. Das Kuratorium zieht aber nicht mit. Die Akademie sei „eine Institution der politischen Bildung – er wollte Politikberatung. Das ist nicht zu machen“, sagt der Kuratoriumsvorsitzende Hans Maier. „Wir haben es uns nicht leicht gemacht. Zweifellos hat er Erfahrung, ist eine angesehene Persönlichkeit“, erfülle aber die verlangten Erfahrungen in Forschung und Lehre nicht.

Aus der SPD war Goppel vorgeworfen worden, sich vergleichbar mit den Vorgängen bei der Landesmedienaufsicht durch die CSU-Schiene auf ein lukratives Amt hieven zu lassen. Allerdings hatten mehrere Politiker parteiübergreifend vergeblich versucht, ihn von einer Bewerbung abzubringen.

Goppel sprach am Abend von einer „verspielten Chance“ für Tutzing. Es gebe viele in der Gesellschaft strittige Themen wie Startbahn, Atomkraft, Schulsystem, die die Akademie behandeln könne, sagte er unserer Zeitung. „Dass die Altvorderen nicht wollen, ist ein Zeichen von starrer Zielgläubigkeit.“

Simon Pfanzelt in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 7. April 2011:

Goppel wird nicht Oberreuter-Nachfolger

Der CSU-Landtagsabgeordnete Thomas Goppel wird nicht neuer Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Das Kuratorium, das für die Auswahl des Direktors zuständig ist, entschied sich in einer Sitzung am Mittwoch dafür, fünf der insgesamt 31 Bewerber zum Gespräch einzuladen. „Thomas Goppel ist aus fachlichen Gründen ausgeschieden, er ist in Forschung und Lehre nicht ausgewiesen“, bestätigte der Kuratoriumsvorsitzende und langjährige Kultus-

minister Hans Maier der Süddeutschen Zeitung. Goppel selbst zeigte sich enttäuscht über die Entscheidung. „Ich halte mich für fachlich geeignet. Ich wollte etwas verändern, was nach 50 Jahren in die Jahre gekommen ist“, sagte er der SZ. Der ehemalige Wissenschaftsminister hatte geplant, die Akademie stärker auf aktuelle Streitfragen der Gesellschaft auszurichten.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

M a i

19-1 13. – 15. Mai

Vater, Mutter, Kind? Familienbilder im Film

In Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Jugend und Film/LAG für Jugendfilmarbeit und Medienerziehung Bayern e.V.

Leitung: Michael Schröder / Holger Twele

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

19-1 15. – 18. Mai

Internationale Krisen und Konflikte: Iran und seine Nachbarn

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber / Hans Georg Lambertz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

20-1 20. – 22. Mai

Neuaufstellung oder Erweiterung der Ökonomie?

Neue Ansätze zur Erklärung wirtschaftlichen Verhaltens

In Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing

Leitung: Wolfgang Quaisser / Martin Held

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

20-2 21. Mai

Gewalt um jeden Preis? Nachrichten und Medienethik

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Evangelischen Frauenbund (DEF)

Leitung: Michael Schröder / Sabine Jörk

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Außenveranstaltung in Bayreuth

21-1 27. – 29. Mai

Kultur und Verfassung

Zu den kulturstaatlichen Grundlagen und Herausforderungen

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

22-1 30. – 31. Mai

Zwischen Bürgerservice und rationaler Herrschaft

Die Zukunft der Verwaltung

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug

Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Renate Heinz

R.Heinz@apb-tutzing.de

Ina Rauš

I.Raus@apb-tutzing.de

Heike Schenck

H.Schenck@apb-tutzing.de

Karin Sittkus

K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

J u n i

22-2 3. – 5. Juni

Kultur in politischen Konflikten – Panzer gegen Statuen

Leitung: Saskia Hieber / Ondrej Kalina

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

23-1* 6. – 10. Juni

Fakultas Sozialkunde: Prüfungsvorbereitung

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien

3. Sequenz / 6. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Stefan Köppl / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

23-2* 6. – 10. Juni

Rechtsextremismus – Gefahr für Toleranz und Wertegemeinschaft

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Evelin Mederle

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

25-1* 21. – 24. Juni

Lernstatt Demokratie 2011

In Zusammenarbeit mit dem Förderprogramm Demokratisch Handeln (Jena)

Leitung: Hildegard Hamm-Brücher / Heinrich Oberreuter /

Peter Fauser / Wolfgang Beutel / Ondrej Kalina / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

25-2 26. Juni

Abraham und seine Nachkommen – Religionen im Dialog

14. Passauer Tetralog

Im Rahmen der Festspiele Europäische Wochen Passau

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

Außenveranstaltung in Passau

26-1 27. – 30. Juni

Die Europäische Union vor alten Problemen und neuen Herausforderungen

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Gero Kellermann / Harald Geiss

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

26-3* 29. Juni – 1. Juli

Energy and Environment in Eastern Europe

In Kooperation mit dem Osteuropa-Institut Regensburg

Leitung: Wolfgang Quaissner / Jürgen Jerger

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Anmeldung über das Osteuropa-Institut Regensburg

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter referierte an der Universität Bloomington, Indiana, bei der Internationalen Fachtagung Comparisons of Parliamentary and Coordinated Power (Presidential) Systems zum Thema „How Do Elections Contribute To The Working Of Democracy?“. In Peking sprach er an der Renmin Universität über „Parteienlandschaft und politische Kultur in Deutschland“, an der China Academy of Social Sciences über „Wandlungstendenzen des Parlamentarismus“ sowie an der Parteihochschule des Zentralkomitees der K.P.Ch. über „Gesellschaftlichen Wandel als Herausforderung der Parteien“. Im Kloster Plankstetten diskutierte Oberreuter über Zukunftsthemen der Christsozialen; in München debatierte er bei der Podiumsdiskussion „Ethik – nur ein Feigenblatt der Politik?“ u. a. mit Alois Glück und Edzard Schmidt-Jortzig. An der Universität Passau fand in Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen und der Akademie für Politische Bildung das 10. Passauer Symposion zum Parlamentarismus u. a. mit Bundestagspräsident Norbert Lammert statt. Dabei referierte Oberreuter über die Marginalisierung der Parlamente. Darüber hinaus hielt er Vorträge über aktuelle Herausforderungen der Politik (bei einem Neujahrsempfang in Garching) sowie Gegenwartsprobleme und Zukunftsperspektiven unserer Demokratie (bei einer öffentlichen Veranstaltung des Maristengymnasiums Furth bei Landshut).

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber hielt am Ostasiatischen Seminar der Georg-August-Universität Göttingen einen Vortrag über Chinas sicherheitspolitische Interessen und Bedrohungspotentiale. An der NATO School sprach sie als regelmäßige „guest lecturer“ über „China’s Security Policy Perceptions“. Auf Einladung der Deutschen China-Gesellschaft e.V. und der Universität zu Köln referierte sie über Energiesicherheit in China.

Dr. Ondrej Kalina hielt in der Ausbildungsredaktion des Bayerischen Rundfunks einen Vortrag über die aktuellen Herausforderungen der Europäischen Union mit der Leitfrage „Europa ohne Europäer?“. Im Sommersemester 2011 bietet Kalina an der Universität Passau ein Seminar zum Thema „Diffuse Sicherheit: Sicherheitspolitische Herausforderungen der EU-Mitgliedsstaaten im 21. Jahrhundert“ an.

Dr. Stefan Köppel referierte auf einer Expertentagung zum 150. Jubiläum der staatlichen Einigung Italiens in Wildbad Kreuth über das „Phänomen Berlusconi“.

Dr. Michael Spieker hält im Sommersemester 2011 an der Universität München einen Lehrauftrag über Michael Walzers Gerechtigkeitstheorie.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße..... PLZ..... Ort.....

Tel..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing